

Bezugspreis:

Bestellpreis 2,50 RM, monatlich 80 Pf. frei ins Haus, voranz zahlbar. Post- bezug: Monatlich 8.- RM, evtl. Post- stellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 15.- RM, für das übrige Ausland bei täglich einmaliger Zustellung 20.- RM. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden, Tschecho-Slowakei und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs- Preisklasse.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntags- beilage „Volk u. Welt“ erscheint wochen- täglich zweimal, Sonntags und Woch- tags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die achtgeleitete Kompartiments- zeile 1.- M. Feuerungsanschlag 50%. „Kleine Anzeigen“, das selb- gedruckte Wort 1.- M. (zulässig zwei selbgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 Pf. Stellungs- und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 60 Pf., jedes weitere Wort 40 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Feuerungsanschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 2.- M., politische und ge- werkschaftliche Vereins-Anzeigen 1.- M. die Zeile ohne Ausschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin SW 68, Linden- straße 3, abgegeben werden. Beifolgt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Freitag, den 28. Mai 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Der „Frontbund“ in Berlin.

Die Schwerindustrie als Geldgeber.

Zur gleichen Stunde, da der Staatskommissar für die öffentliche Sicherheit den Pressevertretern darzulegen ver- suchte, daß eine unmittelbare Vorkriegsgefahr nicht bestände, und insbesondere der Frontbund aus Baderborn hierfür nicht in Betracht käme, hielt dieser neugegründete „Frontbund“ in Berlin selbst eine Versammlung ab, die unter geheimnisvollen Begleitumständen vor sich ging.

Diese Delegiertenversammlung war eingeladen nach den „Wilhelmshallen“ am Zoo. Als die Teilnehmer aber dahin kamen, wurden sie nach einem Café in der Kantstraße ge- schickt, dort von Posten in Empfang genommen, nach dem Hotel Ruhland am Savignyplatz dirigiert, um schließlich doch in die „Wilhelmshallen“ zurückgeschickt zu werden. Dort konnte die Versammlung endlich stattfinden. Ihr Leiter war der bekannte Hauptmann v. Pfeffer, der in den Berichten aus Baderborn als der Hauptmacher schon genannt worden ist. Außer ihm nahmen insgesamt 21 Delegierte aus allen Gegenden Deutschlands teil, und zwar Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften.

Der Hauptmann v. Pfeffer erklärte rund heraus, daß die Gelder für den Frontbund von der Schwer- industrie geliefert werden. Er war sogar in der Lage, aus diesen Mitteln nicht weniger als 5000 M. Delegierten- kosten an die Anwesenden auszugeben. Einige der Dele- gierten waren allerdings von ihren Dienststellen am- tlich abgeordnet, besonders von der Reichswehr- brigade 7, die ihre Abgesandten augenscheinlich aus Staats- mitteln bezahlt. Der Frontbund hat ein besonderes Post- scheckkonto beim Berliner Postscheckamt, wo er unter Num- mer 499 Gelder in Empfang nimmt.

Festgestellt wurde, daß für das Freikorps Lüchow dauernd zwei Werber in Berlin tätig sind, davon einer namens Arnold, der in der Gubener Str. 36 sein Quartier hat, und ein zweiter, der unter dem Decknamen Wolff ar- beitet. Gelegentlich einer Unterhaltung erklärte Pfeffer einem dieser Werber, wenn er kein Geld mehr habe, so müsse er sich noch tausend Mark geben lassen; die Stelle wisse er ja. . .!

Die Beratungen der Konferenz gingen ziemlich wirt- durcheinander. Als Zweck des Bundes wurde u. a. ange- geben, daß man die Auflösung der Freiwilligen- formationen und ihre Zusammenlegung bekämpfen, auf jeden Fall aber ein Mitbestimmungs- und Einspruchs- recht in Anspruch nehmen wolle. Man will eine „Vertretung der Front“, da die anderen Organisationen, nämlich der Deutsche Offiziersbund und der Reichswirtschaftsverband der Berufssoldaten, angeblich nicht die Gesamtinteressen der Frontsoldaten wahrnehmen. Man beabsichtigt, als Bei- trag für die Organisation ein Prozent der Löh- nung von den Dienststellen einbehalten zu lassen.

Hauptmann Pfeffer erklärte weiter, man wolle eine große Propaganda entfalten, um geschlossene Truppenteile durch ihre Führer, die mit dem Bund sympathisieren, zu sich herüberzuziehen. Die Geldmittel, die von der Schwerindustrie kommen, seien schon in nam- haften Beträgen bei der Zentrale in Baderborn ein- getroffen. Die Zentrale solle aber noch möglichst vor den Wahlen nach Berlin verlegt werden. Am 2. Juni soll eine große Versammlung in Potsdam stattfinden, dort werden Posten am Bahnhof die eintreffenden Delegierten em- pfangen und zurückweisen.

Von dieser geheimnisvollen Versammlung war durch Un- beteiligte das Reichswehrministerium in Kennt- nis gesetzt worden. Darauf entsandte es den Hauptmann v. Rabenau mit drei Reichswehrsoldaten nach den „Wilhelm- hallen“, um zu erkunden, welcher Art die Verhandlungen wären. Der Hauptmann v. Rabenau betrat den Saal, stellte sich vor und erklärte, daß er zur Ueberwachung der Verhand- lungen geschickt sei. Er fügte gleich hinzu: „Wenn Sie be- lastendes und disziplinwidriges Material haben, muß ich Sie verhaften und das Material beschlagnahmen. Aber Sie wer- den ja wohl kaum solches Material haben, Sie hätten es ja auch kaum befehligen können, da ich ganz plötzlich in den Saal getreten bin. Ich freue mich, daß Sie es nicht haben.“ Er fragte dann nach dem Leiter der Versammlung, und Haupt- mann Pfeffer, der bisher die Versammlung geleitet hatte, stellte, ohne mit der Wimper zu zucken, den Offiziersstellber- treter Esser als Vorsitzenden vor. Dieser ging sofort darauf ein, sprang auf und erklärte, er sei tatsächlich Verhandlungs- leiter und habe hohen Herrn Hauptmann Pfeffer das Wort erteilt gehabt.

Man begegnete also dem Abgesandten des Reichswehr- ministeriums mit einer offenen Unwahrheit. Da

dieser Abgesandte sich aber damit ebenso leicht abfand, wie mit der Versicherung, daß kein belastendes Material da sei, so konnte er auch nicht entdecken, daß die schon erwähnten, bei der Konferenz anwesenden Werber für das Freikorps Lüchow mit Blankoausweisen, Urlaubsscheinen usw. reichlich versehen waren.

Wie das Reichswehrministerium, so ist auch der Staats- kommissar für die öffentliche Sicherheit von den Vorkom- nissen unterrichtet und auf das Geheimnisvolle der Veran- staltung hingewiesen worden. Wir hoffen, daß die verant- wortlichen Stellen die Dinge im Auge behalten und in ein- gebender Weise überwachen lassen, als das bisher geschehen zu sein scheint. In seiner Unterredung mit der Presse hat ja der Staatskommissar schon darauf hingewiesen, daß die von der Auflösung bedrohten Freischärler um ihre Existenz kämpfen und deswegen eine Gefahr für das Reich darstellen können.

Besonders wichtig ist die Feststellung, daß dieser Front- bund von der Schwerindustrie finanziert wird, also aus denselben Quellen, die die deutschen nationalen und deutschpolenparteilichen Kassen speisen. Auf diese Quellen weist auch ein anderer Bericht hin, der uns aus Stettin zugeht. Dort haben wiederholt in kleinerem Kreise Zu- sammenkünfte von Reichswehrunteroffizieren stattgefunden, an denen auch Zivilisten teilnahmen. Man wollte angeblich einen neuen Verein der Reichswehrunter- offiziere bilden. Unter den Zivilisten befand sich u. a. ein Bankbeamter Bonneilich, der sich als ausgesprochenen Monarchist vorstellte und erklärte, er freue sich, daß der neue Verein gegründet werde, die Geldmittel, die der Verein zur Gründung brauche, ständen zur Verfü- gung, darum brauchten die Unteroffiziere keine Sorge zu haben. Die Besprechungen trugen offen einen gegen die bestehende Regierungsform gerichteten Charak- ter. Auf eine Anfrage wies Bonneilich darauf hin, daß diese Stimmung nicht nur in Stettin, sondern in ganz Deutschland herrsche, die Sache werde von einer Zentrale in Berlin geleitet! Bemerkenswert war, daß Bonneilich in dieser Besprechung auch ein Zusammenarbeiten der Un- teroffiziere mit den — Zeitfreiwilligen anzubahnen suchte.

Um die Unteroffiziere gefügig zu machen, nahm man ihnen auch die Sorge um die Bezahlung ihrer Beche ab. Alles, was sie verzehrt hatten, wurde von Bonneilich bezahlt, so daß einzelne Teilnehmer mehr als fünf Glas Bier, diverse Stogaks und gute Zigaretten gratis genießen konnten.

Diese Vorkommnisse in Gemeinschaft mit den Veranstal- tungen des Frontbundes deuten auf eine planmäßige Organisation reaktionärer Truppenteile hin. Welche Ziele verfolgt werden, sucht man zu verschleiern. Aber die Tatsache, daß ungenügende Mittel aus schwerindustriellen und anderen Klassen zur Verfügung stehen, zeigt doch deutlich, welche Gefahr für die Defensivität hier heranzuwachsen droht. Deshalb heißt es nicht nur für die Re- gierungsstellen die Augen offen zu halten, sondern das ganze Volk muß zur Abwehr reaktionärer Unternehmungen bereit sein. Das beste Mittel, ein für allemal solche Strömungen aus dem Felde zu schlagen, ist ein glänzender Wahlsieg der Sozialdemokratie. Durch ihn würde bekundet, daß das deutsche Volk an der republikanischen Regierungs- form untwandelbar festhält und keinerlei Minderheitsdiktatur jemals dulden wird. Besonders die deutschen Arbeiter und Angestellten werden daraus ihre Lehren zu ziehen haben.

Das Bureau der Pinkertons.

Zu unseren Mitteilungen über die „Deutschen Pinkertons“ erhalten wir von einem Eingeweihten noch folgende Ergänzungen, die im Zusammenhang mit den Nachrichten über die Geldgeber des Frontbundes doppeltes Interesse verdienen:

Die in Ihrem Artikel angegebene Adresse des politischen Ge- heimbüreaus der Reichsparteien Oranienburger Str. 67 ist sehr ausführlich. Dort befand sich nämlich bis vor kurzem das Bureau der Vereinigung zur Bekämpfung des Bol- schewismus unter Leitung des auch in Ihrem Artikel erwähnten Herrn von Gülich. Die Vereinigung stellte sich angeblich ganz auf den Boden der republikanischen Regierung und erhielt sogar vom Ministerium des Innern die Genehmigung zum Sam- meln von Geldern. Sie unterhielt ein Nachrichten- bureau großen Umfangs und stand in dauernder Verbindung mit der politischen Polizei der Regierung.

In denselben Räumen hatte auch zeitweilig der Reichs- bürgerrosas sein Bureau, etwaige des Vertrauensanspruch für

für sämtliche antisowjetischen Verbände unter Leitung des Haupt- manns Verkau. Alle diese Verbände bilden offenbar die Keim- zellen der neuen politischen Kampforganisation gegen die Republik. Der Personalbestand, der größtenteils aus ehemaligen Offizieren besteht, ist dabei unüberändert ge- blieben. Man sieht daraus, welches außerliche Mißtrauen gegen alle Vereinigungen geboten ist, die angeblich die „Bekämpfung des Bol- schewismus“ zum Ziele haben.

Neue Verhaftungen im Ruhrrevier.

Die Justizbehörden im Ruhrrevier scheren sich nach wie vor recht wenig um die getroffenen Anordnungen des Reichspräsidenten und des Reichsjustizministers. Zwar sind eine Anzahl Personen aus der Haft entlassen, dafür hat man aber sogleich wieder aus den wichtigsten Gründen neue Verhaftungen vorgenommen an Personen, die nicht mehr verurteilt haben als die Entlassenen. Das an mexikanische Verhältnisse gemahnende Erschießen auf der Flucht ist in der vergangenen Woche wieder in zwei Fällen vor- gekommen. Es waren aber „nur —“ zwei Bergleute, deshalb hat man wenig Aufsehen davon gemacht.

Sogar an den Pfingstfeiertagen wurden Verhaftungen vorge- nommen, darunter befand sich ein Bergmann Katz aus Land bei Bochum. Keine Behörde weiß zwar, was der Mann verbrochen haben soll, aber dennoch wird er festgehalten. Aus dem gleichen Ort seien übrigens übrigens im Sammellager seit sechs Wochen 20 Mann in Untersuchung, gegen die nichts anderes vorliegt, als daß sie Waffen getragen haben sollen. Es gewinnt fast den Anschein, als ob die Gerichte die Sachen absichtlich hin- zögern, in dem Glauben, daß durch den Ausfall der Reichstagswahl ein anderer Kurs eintreten würde.

Eine solche Spekulation, wenn sie wirklich angestellt werden sollte, kann natürlich durchaus fehlschlagen. Aber es ist Sache der gegenwärtigen Regierung, ihren Anordnungen Nachdruck zu verleihen.

Der Mittellandkanal.

Gebaut wird die Mittellinie.

Durch einen unlängst gefaßten Beschluß des Preussischen Staatsministeriums ist der Streit um den Mittellandkanal zwischen Hannover und Magdeburg zugunsten der Mittellinie entschieden, nachdem von sechs Bezirkswasserstraßenbeiräten fünf und der Gesamtwasserstraßenbeirat fast einstimmig für die Mittellinie einge- treten waren. Sie hat den Vorzug, daß sie den Osten und Westen auf dem kürzesten und billigsten Wege verbindet, wobei sie teilweise wenig bedürftige und entwickelte Gegenden durch- schneidet, während die Südlinie einen längeren Weg macht, einen größeren Höhenunterschied überwindet und mehr Schleusen hat, dafür aber eine reichere und entwicklungsfröhlichere Gegend erschließt und Sachsen, Thüringen, Anhalt, Braunschweig den Anschluß er- leichtert.

Die Vorlage wird in allerhöchster Zeit dem Preussischen Landtage zugehen und wahrscheinlich sehr bald verabschiedet werden. Denn alle Parteien sind darüber einig, daß darüber noch vor dem Uebergange der Wasserstraßen auf das Reich beschlossen werden soll. Auch in Bayern hat der Landtag noch im Februar die Kanalsterkung des Rhains und den Ausbau der Donau be- schlossen und eine erste Rate von 75 Millionen Mark dafür bewilligt.

Preußen wird freilich in den wenigen Monaten bis zur Ab- gabe seiner Wasserstraßen an das Reich den Kanal nicht bauen können, und die Reichsregierung muß sich die Stellungnahme vor- behalten. Im Reichstage werden die Nachbarstaaten ihre Wünsche auf den Umstand, daß nicht Preußen, sondern das Reich die Kosten trägt, äußern können. Das Reich wird andererseits wahrscheinlich keine Stellung auch von gewissen Forderungen an die Länder in bezug auf die Verbürgung der Kanaleinnahmen abhängig machen.

Ueberwachung der Auslandsdepeschen.

Nur gegen Kapital- und Steuerflucht.

Auf Veranlassung des Reichsfinanzministeriums ist auf Grund der Verordnung vom 15. November 1918 im Steuerinteresse und aus wirtschaftlichen Gründen die Ueberwachung des Pri- vatelegrammverkehrs nach dem Auslande wieder eingeführt worden. Für die Handhabung der Ueberwachung, die vor allem zur Bekämpfung der Kapital- und Steuer- flucht, wie auch zur Durchführung des Verbots der Aus- und Durchfuhr von Gold und der Ausfuhr, Veräußerung und Ver- pfändung ausländischer Wertpapiere nach dem Auslande dienen soll, sind folgende Maßnahmen getroffen: Die Telegramm- u- berwachung erfolgt durch die Annahmbeamten der Tele- graphenanstalten. Telegramme, die nach ihrem Inhalt eine Zu- widerhandlung in dem oben bezeichneten Sinne vermuten lassen und daher verdächtig sind, werden zwar ohne Verzug befördert, jedoch wird eine Abschrift des Telegramms der nächsten Postüber-

rochungsstelle zugeführt. Telegramme über Handelsgeschäfte, die sich im Rahmen des üblichen kaufmännischen Geschäfts bewegen, werden als unbedenklich angesehen. Verkehrsbehinderungen sind aus Anlaß der Ueberwachung nicht eingeführt; eine politische Ueberwachung ist ausdrücklich ausgeschlossen. Der Absender eines Privattelegramms nach dem Ausland muß zur Ermöglichung von Nachforschungen usw. entweder in der Unterschrift oder am Rande des Telegramms seinen Namen und seine Wohnung angeben und sich, wenn dem Annahmbeamten nach Lage der Verhältnisse eine Klärung nötig erscheint, über seine Person ausweisen.

Krupp baut neue Geschütze.

Frankfurter Protokoll.

Frankfurt a. M., 27. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Aus Paris wird gemeldet: Bereits seit langem wurde die Firma Krupp aus Essen verdächtigt, weiteres Kriegsmaterial herzustellen. Bei einer Untersuchung ergab sich, wie halbamtlich erklärt wird, in der Tat, daß 76-Millimeter-Geschütze fabriziert wurden. Der Direktor entschuldigte sich damit, es handele sich nur um die Ergänzung alten Materials innerhalb der im Friedensvertrage vorgesehenen Grenze. Es wurde befohlen, die gesamten Erzeugnisse zu vernichten, und es wird jetzt eine strenge Aufsicht ausgedehnt werden.

Die „Frankfurter Zeitung“ hat sich an die Firma Krupp gewandt und erfahren, daß es sich um einen von der zuständigen Stelle erteilten Auftrag auf Fertigstellung einer geringen Anzahl Infanteriegeschütze für die Reichswehr handelt, für die alle die Halbfabrikate noch von früheren Bestellungen vorhanden waren. An den Geschützen arbeiteten kaum 70 Arbeiter. Eine solche Tätigkeit widerspricht in keiner Weise dem Sinn des Friedensvertrages. Sie wurde auch keineswegs im geheimen betrieben, denn dazu lag nicht der geringste Anlaß vor. Der gesamte Friedensbetrieb der Krupp'schen Werkstätten, der etwa 37 000 Arbeiter beschäftigt, ist auf Friedensarbeit umgestellt. Die französische Meldung ist weiter nichts als die auf Stimmungs-mache berechnete sensationelle Aufbauschung eines an sich völlig harmlosen und bedeutungslosen Vorganges.

Mit dieser Erklärung der Krupp'schen Direktion können wir uns auf keinen Fall zufrieden geben. Es ist einfach unerhört, daß in einer Zeit, wo überall von Amts wegen zur größten Sparsamkeit gemahnt wird, sich eine „zuständige Stelle“ findet, um neue Aufträge der Firma Krupp zu erteilen. Tausende und aber Tausende von Geschützen aller Kaliber werden aus den alten Vorräthen abmontiert bzw. ausgeliefert — aber Krupp soll indessen neue fabriazieren! Wurde der Herr Reichswehrminister von diesem Auftrag? Und hatte er sich vorher mit dem Reichsminister des Aeußeren über die Zweckmäßigkeit dieses Auftrages besprochen?

Wir glauben schon, daß eine geringe Anzahl von Infanteriegeschützen kein Anzeichen für eine heimliche Wieder- und Rüstungspolitik darstellt, und wir zweifeln auch nicht daran, daß die französischen Militärbehörden den Zwischenfall jetzt nach Kräften aufhellen. Das war aber leicht voranzutreiben, und schon deshalb hätte diese Bestellung unter allen Umständen unterbleiben müssen. Jetzt werden Millerand und Foch mit dieser Geschichte in London, Ostende, Spa und woß Gott wo noch haufieren gehen. Mit welchem Erfolg, kann man sich leicht vorstellen!

Das alles, weil Herr v. Böhlen-Halbach wohl noch nicht genug im Kriege verdient hat und weil seine Freunde in den „zuständigen Stellen“ dafür sorgen, daß er weitere Profite einstecke.

Unsere Entrüstung über die Angelegenheit ist deshalb noch viel berechtigter, als die der Franzosen, und wir verlangen daher, daß der Reichswehrminister unverzüglich mitteilt, wer den betreffenden Auftrag an Krupp erteilt hat, und welche Maßnahmen er gegen den Offizier oder Beamten zu treffen gedenkt, der dafür verantwortlich ist.

Berichtigung. In dem Artikel unserer Donnerstag-Abendausgabe „Offenerziges Geschändnis“ muß es statt „Boß“ natürlich „Boß“ heißen.

Totengräber.

Vor einigen Jahren. In einer deutschen Großstadt. Am Lichtspieltheater der vornehmsten Straße Niesenanschlage. Bilder. Ungefahrlicher Vorkauf:

Der gewaltigste Sensationschlag! Der Film der Saison: „Atlantis“! Nach dem epochenmachenden Roman des berühmten Dichters Gerhart Hauptmann... usw. (Rebendei: die Filmindustrie kennt nur einen Gerhart mit dem weichen „b“; es ist aber immer der Gerhart mit „h“ gemeint.)

Neben dem Lichtspieltheater befindet sich eine Buchhandlung. Am Schaufenster gewahrt ich zu meiner freudigsten Ueberraschung, an die Scheibe gepreßt, Gerhart Hauptmanns Roman „Atlantis“ aus dem Fischer'schen Verlag. Ah, eine intellektuelle Rundgebung gegen den Ruchbar und seine müde Marktschreierei... dachte ich. Aber nein! Unter dem Buche ein Bittel, worauf in Klaußstift zu lesen:

Das Lexibuch zu dem gleichnamigen Filmtitel des Dichters. Preis usw.

Ähnlich mag es ja bei dem „Siegeszug“ des wahrscheinlich noch „gewaltigsten“ Sensationsfilms „Rose Bernd“ desselben Gerhart Hauptmanns zugegangen sein. Ich weiß darüber nichts zu sagen. Und dem Dichter ist wohl nur vorzuerwerfen, daß er gegen diesen Anflug nicht aufgetreten ist.

Der „weltumspannende“, sämtliche bisherigen Sensationen überflügelnde (wenigstens in der Reklame überflügelnde) Achttagefilm „Die Herrin der Welt“ war bis zum sechsten der siebenten Abend vorgeschritten, und seine Bildstreifen rollten ununterbrochen durch die deutschen Lande. Millionen hatten das Ding schon gesehen, und der Titel war ihrem Gedächtnis durch geklebte Plakate eingemauert. Da erschien der Roman „Die Herrin der Welt“ von Karl Fidor und war nicht nur beim Buchhändler, sondern auch im Kino zu haben. Ein kolossales Geschäft. Ein Roman, für den allabendlich Tausende von Lichtspieltheatern Reklame machten.

Der Fortschritt ist einleuchtend. Bis zu jenem gesagten Tage holte sich der Film doch seine Reklame aus dem „Ruf“ der verkürzten Literatur. Nun war ein Weg gewiesen.

Er war gewiesen. Ehre dem Findenden; er hat seine Zeit bekommen.

Auf die „Herrin der Welt“ des Herrn Fidor folgte eine gewisse „Monica Vogelgang“. Von einem Herrn, der zwar niemals die Zeit, stets aber die „Konjunktur“ an ihrer Stirnlade zu lassen verstand und unter dem Namen Felix Philipp jetzt vier Jahrzehnten bekannt ist. Und nun geht er den geschäftlichen Spuren des Herrn Fidor nach und läßt seinen Roman von der Monica Vogelgang erscheinen, nachdem der Titel monatelang von allen Anschlagtafeln und vor allen Kinos geklebt hat. Aber — man darf nicht ungerade sein — ein sehr bemerkenswerter Fortschritt ist dabei zu verzeichnen. Philipp hat ja stets verstanden, etwas Neues zu finden, wenn er einmal sich angeregt fühlte. So auch hier. Er hat seinen „Monica“-Roman illustriert bekommen lassen. Musterte? Sogesehen. Ein illustrierter

Das Schicksal Schleswigs.

Kopenhagen, 27. Mai. Einem Telegramm der „Berliner Tidende“ aus Paris zufolge hat die Vorkonferenz gestern vormittag die Beratungen der schleswigschen Frage abgeschlossen. Es steht nun fest, daß die Clausen'sche Linie mit einer unbedeutenden Änderung die zukünftige Südgrenze Dänemarks bilden und daß die zweite Zone an Deutschland zurückgegeben wird. Die Frage der Internationalisierung ist bei den Besprechungen der Vorkonferenz gar nicht in Erwägung gezogen worden.

Eupen-Malmedy.

Die Stellung der belgischen Sozialisten.

Das Zentralorgan der belgischen Sozialistenpartei, der „Peuple“, veröffentlicht am 25. Mai einen längeren Leitartikel des bekannten belgischen Parteiführers Troclet über die Lage in Eupen und Malmedy. Dieser Auffassungen wendet sich besonders gegen den „Vorwärts“, weil dieser die zahlreichen amtlichen und halbamtlichen Mitteilungen über die Zustände in dem belgisch-deutschen Abstinenzgebiet veröffentlicht hat.

Zu den Ausführungen Troclet's möchten wir bemerken, daß sein immer wiederkehrender Vergleich zwischen den Leiden der belgischen Bevölkerung im Kriege und den von uns und der gesamten deutschen Presse geführten Klagen über die Vergewaltigung der Deutschen in den betreffenden Kreisen ziemlich seltsam klingt. Krieg und Frieden sind zweierlei Dinge und im übrigen hat das Vergeltungsrecht — „Aug' um Aug', Zahn um Zahn“ — niemals zu den Bestandteilen des sozialistischen Programms gehört. Troclet irrt, wenn er wiederholt in seinem Aufsatz behauptet, die deutsche Mehrheitssozialdemokratie hätte nie gegen die Mißstände während der deutschen Okkupation Belgiens protestiert. Die meisten Gemeinheiten des deutschen Militarismus sind uns während des Krieges nur in sehr unklarer und verzerrter Darstellung zu Ohren gekommen und die Presse war durch die Militärzensur sowieso mundtot gemacht. Aber unsere Genossen von der Reichstagsfraktion haben, namentlich im Hauptauschuß des Reichstages, des öfteren gegen diejenigen militaristischen Gesetze in Belgien, von denen sie Kenntnis erhielten, sehr energig Einspruch erhoben, besonders gegen die schändlichen Arbeiterdeportationen. Die Wahrheit über diese letzte Frage ist übrigens erst nach dem Krieg in Deutschland ganz ans Tageslicht gekommen.

Zur Sache selbst stellen wir fest, daß wir bei weitem nicht alles Material veröffentlicht haben, das über die schändlichen Zustände in Eupen und Malmedy in unsere Hände gelangt ist. Kannst und Wohlfahrt haben uns — leider — vielfach daran gehindert, unserer Volksgenossen, die unter belgischem militaristischem Joch seufzen, so anzuehen, wie wir es gerade im Interesse eines künftigen guten Nachbarverhältnisses zwischen Deutschland und Belgien wünschten. Auch haben wir die Haltung der belgischen Partei in der Frage der Mitbestimmung Frankfurts nicht besprochen, obwohl uns von verschiedenen Seiten Tatsachen mitgeteilt worden waren, die vom sozialistischen Standpunkt aus ziemlich bedenklich sind. Wir haben es nicht getan, einmal weil wir entschlossen sind, im Hinblick auf die Vergangenheit die belgischen Angelegenheiten mit der größtmöglichen Zurückhaltung zu behandeln, des weiteren, weil wir aus eigener Erfahrung wissen, in welche heiklen Situationen man gelegentlich als Koalitionspartei geraten kann, und schließlich weil wir eine offene, persönliche Kampfrunde, wie sie in Genf stattgefunden soll, solchen Berührungspunkten auf mehrere hundert Kilometer Entfernung vorgehen, die meist zur Vergiftung des gegenseitigen Verhältnisses führen.

So wollen wir auch in diese Falle handeln. Troclet nimmt die belgischen Militär- und Zivilbehörden in den Kreisen Eupen und Malmedy, namentlich den Oberkommandeur General Valtis, gegen alle deutschen Vorwürfe warm in Schutz (genau wie es vor einigen Wochen sein Parteigenosse Piérard in der Kammer getan hatte), er stellt sämtliche Protestbewegungen der letzten Zeit als

„manoeuvres pangermanistes“, als „alldenteutsche Machenschaften“ dar. „Alldenteutsch“ die Arbeiter, die jüngst in den Generalstreik eingetreten waren, „alldenteutsch“ die Eisenbahnbeamten, „alldenteutsch“ die Lehrer, „alldenteutsch“ die katholischen Priester, „alldenteutsch“ das hadernde Zentrumblatt „Volk'sfreund“. Alldenteutsch wohl auch unser Genosse Dr. Meersfeld-Göln, der vor einigen Wochen die Regierung über die Zustände in diesem Teil seines Wahlkreises (Göln-Nach) interpellierte?

Wir verweisen den „Peuple“ und die belgische Partei auf ein Blatt, das auch in den Augen Troclet's unmöglich als „alldenteutsch“ gelten kann, nämlich auf den „Manchester Guardian“, der vor wenigen Tagen einen ausführlichen Artikel eines Sonderberichterstatters veröffentlichte, aus dem klar hervorgeht, daß die Kreise Eupen und Malmedy deutsches Land sind und daß die belgischen Behörden mit den Mitteln des rücksichtslosesten Terror's arbeiten, um die Bevölkerung in die Unmöglichkeit zu versetzen, ihren Willen kundzutun.

Wir sind überzeugt, daß unsere belgischen Genossen die Opfer einer amtlichen und vielleicht auch einer Selbsttäuschung sind, wenn sie noch immer nicht erkannt haben, daß sie als Werkzeuge einer Politik des Annexionismus und der Unterdrückung schlimmerer Art mißbraucht werden. Und wir meinen, daß die belgische Partei selbst ein Interesse daran hätte, festzustellen, ob die schweren Anschuldigungen nicht etwa nur der deutschen Presse, sondern auch des „Manchester Guardian“ auf Wahrheit beruhen oder nicht, ob die Bedingungen des Friedensvertrages über die Volksbefragung gerecht oder ob sie nicht vielmehr die Karikatur des Selbstbestimmungsrechtes sind, und vor allem, ob diese Komödie der Volksbefragung nicht allmählich durch das Vorgehen der belgischen Militaristen zu einer Tragödie geworden ist. Gewiß ist die Frage von Eupen und Malmedy nicht von weltgeschichtlicher Bedeutung, die Zahl der betroffenen Deutschen ist verhältnismäßig gering, — aber wenn es den belgischen Sozialisten ebenso ernst mit der Wiederherführung der Völker ist wie uns, dann sollten sie sich davor in acht nehmen, eine offene Wunde an Deutschlands Westgrenze bluten zu lassen. Vielleicht regt die belgische Partei die Entsendung einer Kommission der zweiten Internationale, bestehend aus einem Belgier, einem Deutschen, einem Engländer und einem Holländer, nach Eupen und Malmedy an, die endlich Klarheit über die Verhältnisse bzw. die Haltlosigkeit der „deutschen Jeremiaden“ schaffen würde, wie sich der Sozialist Troclet in der Ueberschrift seines Aufsatzes auszudrücken beliebt.

Unruhen in Italien.

Mailand, 27. Mai. Die „Corriere della Sera“ meldet, daß die Gärung in Trient an. Es kam zu weiteren Unruhen und Zusammenstößen zwischen den Demonstranten und der Polizei; einer der ersteren wurde getötet. In Ghibbese wurde ein Hauptmann der Sicherheitspolizei und ein Demonstrant verwundet. Am Mittwoch konnte in Udine nur ein einziger Zug unter militärischer Bedeckung abfahren. Der internationale Verkehr ist unterbrochen. Auf den größeren Bahnhöfen lagern gewaltige Mengen Lebensmittel, während sich in größeren Städten bereits das Fehlen des Mehl's und anderer Lebensmittel fühlbar macht.

Masaryk wiedergewählt.

Mit 284 von 411 Stimmen.

Prag, 27. Mai. In gemeinsamer feierlicher Sitzung der beiden Kammern der Nationalversammlung der Tschechoslowakischen Republik wurde die Wahl des Präsidenten der Republik vorgenommen. Es wurden insgesamt 411 gültige Stimmzettel abgegeben, von denen 284 auf Dr. Masaryk lauteten. Die deutschen Abgeordneten und Senatoren hatten leere Stimmzettel abgegeben. Dr. Masaryk ist somit gewählt. Dr. Masaryk wurde nun unter militärischem und Solalaufgebot feierlich eingeholt und legte das Geschwört ab.

Das Allerneueste! Die letzte Phase! Der deutsche Roman unmitttelbar vor dem Hinscheiden.

Einer der kapitalträchtigsten Romanverlage erklärt, die Werke seiner Autoren grundsätzlich an die Filmgesellschaften zu verkaufen. Man kann sich demnach ausrechnen, was für einer Sorte von Romanen er seine besondere Gunst zutendelt. Ja, selbst harmlose Leser haben es schon bemerkt. Und ich fürchte, daß das gebildete „literarische Bureau“ kaum in die Lage kommen wird, sich mit „literarischen“ Romanen befassen zu müssen... Material für den Filmfilm — um nichts anderes handelt es sich. Ein Fußtritt jedem Werk, das nicht doppelt und dreifach sich wenden läßt und ebenso oft bezahlt macht.

Der deutsche Roman liegt im Sterben. Die Totengräber wittern den Profit. J. M. Alderich.

Die Reichsschulkonferenz, die vom 11.—19. Juni im Reichstagsgebäude stattfindet, wird — wie Genosse Staatssekretär Heinrich Schulz einem Ausrufer mitteilte — von mehr als 600 Personen besucht werden. Sie wird in Vollstücken und etwa 17 Ausschüssen arbeiten. Ihre Ergebnisse werden für die Regierungen gütliche Bedeutung haben. — Zur Reform der Rechtschreibung erklärte Genosse Schulz, daß lediglich an Vereinfachungen gedacht wird, die sowohl der Schulle wie dem öffentlichen Leben zugute kommen werden. Auch an der Schaffung einer Einheitsorthographie wird unter Beiziehung der Hochschule gearbeitet.

Weiteres aus Oesterreich gibt es jetzt nichts zu vermelden, denn der „Janus“ hat nur noch bei Neutralen eine Weibe oder bei den militaristischen oder schiederischen Siegern im besiegten Lande. Aber freilich, einst war das sonnige Land der Donau und der Alpen leichterem Klimate, und aus dieser Zeit kommen Rosengogers Bauernschreier, die Hermann Nienzi am Mittwochabend im Hoftheater so eckig vorzutragen wußte. Der junge Schauspieler Thiemig lang dogmatischen Anterlieber, die aber nicht gerade österreichisch waren. Selbst das Plakettchen war immer nur eine Verherrlichung der „nobilischen Welt“ von Wien, mit der das Volk nie was gemein hatte. Ja, der Schubert-Kanal, der Volksschullehrer von Heiligenstadt, der hat die Wiener Seele eingeschlagen, als sie noch nicht gebrochen war. Denn was waren die ganzen Napoleonkriege gegen den einen „Kriechen“ von Saint-Germain, der mitten in Europa ein gigantisches Pompeji schaffte!

Die Juni-Schönheit. Vom 1. Juni ab spielt das Deutsche Kammertheater „Die bessere Hälfte“, das Theater des Westens „Der Schrei nach dem Blut“.

Sitzsands für russische Schriftsteller und Gelehrte. Seit Anfang Mai besteht in Berlin eine Abteilung des Amerikanischen Hilfsfonds für russische Schriftsteller und Gelehrte. Sie will russischen Schriftstellern und Gelehrten und deren Familien ohne Unterschied von Nationalität und Parteigebhörigkeit Hilfe leisten. Anfragen an Dr. J. Hoffen, Berlin-Charlottenburg, Dahlmannstr. 32.

Eine proletarische Bühne in München. In einem kleinen, niedrigen, larm erfüllten Theateraal im Dahnoldviertel Münchens hat sich eine „Neue Bühne“ aufgetan, die als proletarische Bühne anfängt. Der erste Abend brachte das Heilmann „Freiheit“ von Herbert Kranz, das in Berlin vom „Punkte für proletarische Kultur“ vor einigen Monaten zuerst auf die Bühne gebracht wurde.

Roman ist freilich nichts besonders Neues. Neu aber ist's, ein literarisches Erzählungsgewerk mit den Bildern aus dem Film zu versehen. Eine geradezu fabelhafte „Lebensdeckelung“ gewinnt natürlich ein Roman durch die Wiedergabe von photographischen Aufnahmen. Der Leser muß den Eindruck haben: die Geschichte ist wirklich passiert, sonst hätte sie doch nicht photographiert werden können. Nicht? Und wie schön, daß die Heldin tatsächlich so ausgelesen hat, wie die Henny Porten ausfiel, und so herrlich Theater macht wie die. Und die Kostüme, nicht? Wie gelagert: eine bleibende Erinnerung an den unübergebliebenen Abend im Kino.

Immerhin, die Romane „Herrin der Welt“ und „Monica Vogelgang“ mögen vor den Filmstücken gleichen Titels geschrieben sein, wenn auch sicher mit dem Gedanken an einen geschickten Regisseur. Damit ist erwiesen, daß sie einer bereits glänzend überwindenen Literaturreise angehören! Das neueste ist nämlich der umgekehrte Weg. Es gibt Romanverlage, die zu den geschickten Filmem. fünf, sechs und siebenstündigen Dingen, Erzählungen schreiben lassen, zumeist mit Genehmigung des im allgemeinen sehr schlecht begabten Filmdichters, falls dieser nicht selber das Geschäft macht.

Aber wie? Die meisten der aufgeführten Kinostücke sind doch schon aus Romanen gezogen. U. a. bemüht sich der „Verband deutscher Filmschreiber“, jeden nur irgendwie „handlungsreichen“ Roman der Verfilmung zuzuführen und seinem Autor dadurch einen Gewinn, einem Mitspieler lobnende Arbeit und sich selbst eine Provision zu verschaffen. Und in solchen Fällen, sollte man meinen, finden die Kollegen, die „Romane nach Filmen“ verfassen, keinen Verdienst. Sollte man meinen.

Vor mir liegt ein Buch: „Der Galeerensträfling“, Roman nach dem gleichnamigen Film von Carl Wegener. Bearbeitet von Erich Essler. — Wegener in Grosdrud, Essler kann übersehen werden. Wer kennt auch diesen Namen, der wahrscheinlich ein Pseudonym ist.

Alles in Ordnung? Keineswegs. Der Wegener'sche Film „Der Galeerensträfling“ ist nämlich eingestandenemachen (es wurde damit sogar „literarische“ Reklame gemacht) einem Roman von Volzac entnommen, ich weiß nicht mehr, welchem. Und nun gibt Herr Carl Wegener einem Herrn Erich Essler oder dessen Verleger die Erlaubnis, den Roman Volzacs, der vogelfrei ist, noch einmal zu erzählen. Hoffentlich hat der Künstler soviel Humor gehabt, sich die „Genehmigung“ gut bezahlen zu lassen. Kommerziell, doch man mit Hauptmanns „Atlantis“ und all den übrigen berühmten Romanen nicht ebenso verfahren darf. „Ilmsätze“ liegen sich da erzielen.

Ich lese in der „D. Z. am Mittag“: „Das Verlagshaus Haffner u. Co., das bereits seit einigen Jahren zur Beratung seiner Buchautoren eine eigene Filmabteilung unterhält, wandelt diese in eine besondere Gesellschaft um... Für die Beschaffung und Bearbeitung von Filmmanuskripten wird ein literarisches Bureau gebildet werden, das grundsätzlich mit allen größeren Filmgesellschaften von Bedeutung Verbindungen pflegen wird.“

Wirtschaft

Der Markkurs fällt wieder!

Table with 4 columns: Devisen, 27. 5., 26. 5., and exchange rates for various currencies like 100 holländ. Gulden, 100 dänische Kronen, etc.

Arbeitseinstellungen!

In zahlreichen landwirtschaftlichen Maschinenfabriken in der Provinz Sachsen und in Thüringen sind die Läger sehr stark überfüllt, so daß Arbeiterentlassungen unabweisbar sind...

Wenngleich die auf Lager gearbeiteten Erzeugnisse infolge der anarchischen Preisentwicklung, die wir der freien Wirtschaft zu danken haben, als überwert bezeichnet werden können, hat die Arbeiterschaft alle Ursache, sich Einblick in die Geschäftsführung ihrer Werke zu verschaffen...

Wir müssen die dringliche Forderung erheben, daß die Arbeiterentlassungen ein Ende finden und die Produktion fortgesetzt wird, auch wenn dabei die bisherigen fetten Dividenden geschnitten werden sollten...

Waisabkommen mit Holland, Brotstreckung und Schweinefleisch. Die Bezugsvereinbarung der deutschen Landwirtschaft hat sich, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet, mit Zustimmung der Reichsregierung durch einen Kommissionsvertrag mit einer holländischen Waisfirma den Bezug von 750.000 bis 1 Million Tonnen Wais gesichert...

Segen der Erde.

Roman von Rüt Samun.

„Ich hab es mitgenommen und es der Frau Schultze gezeigt, die erkannte sie gar nicht wieder.“ sagte Brede. „Aber sie in Bergen?“ fragte Jaf miträusch. „Sie bleibt in Bergen, solange sie dort ihr Brot verdient.“ antwortete Brede. „Wenn sie nicht lieber nach Christiania reist.“ sagte er hinzu. „Was soll sie hier daheim! Sie hat jetzt eine neue Stelle, ist Haushälterin bei zwei Junggeleuten feinen Kontorherren. Und was sie für einen großen Lohn hat!“

Groß-Berlin

Das Jugendlend.

Entfittlichung und Wohlfahrtspflege.

Das außerordentlich trübe Bild, das ein Teil der Berliner Großstadtjugend darbietet, hat, wie uns von der Leiterin der Wohlfahrtsstelle im Berliner Polizeipräsidium mitgeteilt wird, sehr bedenkliche Schattierungen angenommen. Alle Maßregeln, die von der Polizei, den Jugendämtern und sonstigen hierfür in Frage kommenden Institutionen getroffen werden, sind ein Tropfen auf den heißen Stein...

Achtung, Wähler, Wählerinnen!

Heute, Freitag, 7 1/2 Uhr:

Wählerversammlungen

in den Vororten.

Weißensee, Albrechtshof, Parfstr. 16. Ref. Genossin Todenhagen-Stralau, Taverna, Alt-Stralau 28. Ref. Genossin Sobotta. Köpenick, Schulhaus, Schulaua Nöbberstraße. Ref. Gen. Vermuth. Zehlendorf, Sportplatz, Scharffenberger Straße. Ref. Genosse von Garnad.

Adlershof, bei Wöllstein, Bismarckstraße. Ref. Dr. Bendiner. Lichterfelde, bei Wölling, Berliner, Ecke Wiesenborfer Straße. Ref. Gen. Dr. Kallmann.

77 Oberrealschule, Ringstraße 12. Ref. Gen. Louis Brunner. Wilmersdorf, in der Viktoria-Luise-Schule, Gasteiner Straße. Ref. Genosse Kagenstein.

Charlottenburg, Augusta-Viktoria-Schule, Nürnberger Straße, öffentliche Versammlung. Thema: „Der neue Reichstag und die sozialdemokratische Kulturpolitik“. Ref.: Pfarrer Dr. Karl Auer. Prenzlauer Berg, öffentliche Versammlung, 8 Uhr, in der Aula des Realgymnasiums. Thema: „Der Schicksalstag der Deutschen Republik“. Referenten: Gen. Udo und Gen. Dr. Drostowski.

In Berlin.

Kerner öffentliche Wählerversammlungen: Vormittags 10 Uhr, im Café Stern, Dranienerstraße. Referent: Genosse Ritter. Abends 7 Uhr, in den Comeniusäulen, Remeler Straße 67. Referent: Genosse Kreuziger, und in der Schulaua, Eckerstraße 16. Referent: Genosse Ritter. Tagesordnung in allen Versammlungen: „Reaktion oder Demokratie“.

Wohllosung dieser kaum dem Kindesalter entwachsenen Jugendlichen bietet ein Bild, das für die Nachkommenschaft die erschreckendsten Befürchtungen zuläßt. Schule und Eltern stehen diesen Zuständen so gut wie machtlos gegenüber. Einen Teil der Schuld tragen zwar die Eltern, die aus falschem Schamgefühl die entsprechende Aufklärung der Jugendlichen versäumen haben.

Das Zentrum der Stadt erfreut sich eines besonderen Zuspruchs, da es in diesen Kreisen allgemein als das erfolgreichste Geschäftsbüro bezeichnet wird. Rubel junger Frauen und Mädchen zweifelhaften Aussehens gehen in der Friedrichstraße ihren unlauteren Gewerben nach. Einzelne, die von ihren erfahrenen „Kollegen“ als Anfänger behandelt werden, begnügen sich, den Passanten in flüsterndem Tone Zigaretten und Schokolade anzubieten, während die „Vorgeführten“ die weit einträglicheren Geschäfte der „Schlepper“ verrichten. Dazwischen 14., 15. und 16. Jahrgang, bereits der Prostitution verfallene Mädchen, ängstlich auf die Geschäftstriebe der „Erfahrenen“ achtend, bieten sich teils nachschüchtern, aber die Zahlungsfähigkeit der Kavaliere prüfend, als Kaufobjekt an. Aber auch in der Passage hat sich ein reger Geschäftsverkehr entwickelt, dessen Fortsetzung gewöhnlich in benachbarten Lokalen stattfindet. Weit seltener sieht es dagegen in den sogenannten „Repplokale“ aus, mit denen die Jägerstraße besonders gesegnet ist.

Begibt man sich in den nördlichen Teil der Friedrichstraße, so ändert sich das Bild. Während im Zentrum die Jugendlichen an Luxus gewöhnt sind, drücken sich hier schwächliche, von Elend und Schmutz strotzende Gestalten in den Haustüren umher. Die Passanten anbetelnd. Als Nachquartiere für diese meist den Eltern erkaufenen Kinder erfreuen sich die Barockale des Stettiner und Schlesiens Bahnhofs. Fast täglich werden von den Polizeistreifen Dutzende von Jugendlichen, die über keine Legitimation verfügen und keinen triftigen Grund für ihren dortigen Aufenthalt angeben können, aufgegriffen und nach dem Polizeipräsidium gebracht.

Hier tritt nun die soziale Fürsorge in Kraft. Zu diesem Zweck besteht im Polizeipräsidium eine Wohlfahrtsstelle. Einer unserer Mitarbeiter hatte kürzlich Gelegenheit in der Wohlfahrtsstelle, der Vernehmung einer Anzahl jugendlicher, die sich teilweise selbst meldeten oder durch Streifenpatrouillen aufgegriffen worden waren, beizuwohnen. Es handelt sich hauptsächlich um Mädchen und Knaben, die aus dem Elternhaus entlaufen waren und sich längere Zeit umhergetrieben haben. Kann ihnen eine strafbare Handlung nachgewiesen werden, so werden sie nur bei äußerster Verkommenheit der Zwangsjurisdiktion überwiefen. Die Wohlfahrtsstelle hat die Aufgabe, den ihr überwiesenen Jugendlichen Unterstützung zu gewähren, und zwar in der Form, daß bei den Eltern bzw. dem Vormund telegraphisch — zumeist stimmen die Eingelieferten aus der Provinz — angefragt wird, ob sie sich bereit erklären, die Jülinge wieder aufzunehmen. Trifft dieses zu, werden die Eltern ersucht, das Reisegehd einzusenden. Im Nichtbesorgungsfalle wird der Betrag vom Fonds der Wohlfahrtsstelle gegeben.

Daß oft die Romantik keine kleine Rolle bei den jugendlichen spielt, beweisen einzelne Fälle. Da stehen zwei Burschen im Alter von 17 und 18 Jahren. Auf Befragen schildern sie ihr Abenteuer: Sie kamen aus dem Dorf A. in Südbayern. Einige Burschen im Dorfe, die beim Grenzschutz in Ostpreußen waren, erzählten, daß dort ein Lohn von 25 Mk. pro Tag gezahlt würde. Sie entwendeten das erforderliche Reisegehd für die Hinreise nach Ostpreußen den Eltern und fuhrten über Berlin bis Tilsit. Dort meldeten sie sich bei der Reichswehr, wurden jedoch abgewiesen. Jeder Geldmittel bar, versuchten sie durch Gelegenheitsdienste das Reisegehd bis Berlin aufzubringen. Sie legten dann die Strecke teils laufend, teils fahrend bis Berlin zurück. Im Berlin angekommen, versuchten sie auf dieselbe Weise den erforderlichen Lebensaufwand zu verdienen. Sie wurden in dem Barockaal des Stettiner Bahnhofs von einer Polizeistreife aufgegriffen, da sie dort zu übernächtigen versuchten.

Derartige Schilderungen sind nur ein Bruchteil der damit verbundenen Romantik. Bemerkenswert sind die Gründe, die die Jugendlichen bei der Vernehmung für ihre Handlungen angeben. Den Jungen scheint das Ziel vor Augen, in die Reichswehr einzutreten, um, wie sie gewöhnlich vermuten, sich dadurch der Aufsicht der Eltern zu entziehen und eine Selbstständigkeit zu erlangen. Das gleiche trifft bei jugendlichen Mädchen zu. Hier ist wieder ein Tätigkeitsfeld für entsprechende Aufklärung. Wie dringend hier Aufklärung erforderlich ist, zeigt die amtliche Statistik.

Besonders aus der Zahl der Raterteilungen geht hervor, daß gerade die soziale Fürsorge weiter ausgebaut und mit finanziellen Geldern unterstützt werden muß. So werden beispielsweise täglich 250-300 Mk. für beratende Zwecke verausgabt, von denen ein geringer Teil vom Wohlfahrtsministerium gewährt wird. Wenn man eine Lösung der sittlichen Kräfte der Jugend herbeiführen will, so ist es nicht nur Pflicht jeder erwachsenen Person, an der Erziehung der Jugend mitzuwirken, sondern auch mit Hauptaufgabe des Staates.

Phantasien über einen neuen Berliner Oberbürgermeister. Eine Berliner Korrespondenz fühlt sich bemüht, im Anschluß an die sonderbare Meldung, daß Oberbürgermeister Bermuth nicht mehr die Gunst der sozialdemokratischen Parteien genieße, das Gerücht zu verbreiten, daß in beiden sozialistischen Lagern Neigung bestehen soll, den Genossen Scheidemann, den jetzigen Oberbürgermeister von Kassel, zum Oberbürgermeister von Groß-Berlin zu machen.

Da die Korrespondenz im Verfolg dieser Angelegenheit auch das Stedenpferd von der rein parteipolitischen Behandlung der

Merkwürdiges. Jetzt ist ein Jahr ums andere darüber hingegangen. — Jaf hatte selbst oft über dieses Rätsel nachgedacht, er hatte auch mit dem Schultze darüber geredet, hatte nach Seiglers Adresse gefragt, um ihm zu schreiben. Gemiß war die Sache merkwürdig. — „Ich weiß nichts,“ sagte Jaf.

Brede verbar nicht, daß ihn dieser Handel mit dem Berg sehr interessierte: „Es heißt, es seien noch mehrere Berge wie die deinigen droben in der Allmande.“ sagte er; „da können große Dinge drin sein, wir aber gehen hier herum wie die stummen Tiere und sehen es nicht. Ich hab mich nun entschlossen, an einem Tag einmal hinauf zu gehen und da zu untersuchen.“ — „Ach so, du verstehst dich auf Felsen und Gesteinsarten?“ fragte Jaf. — „Ja, ein wenig schon, und ich hab auch andere darüber befragt. Und wie es auch kein mag, so muß ich irgend etwas für mich finden, ich kann mit all den Meinen nicht von dem Hofe hier leben. Zum Ausdruck, das ist hier einfach unmöglich. Bei dir ist es ganz anders, du hast lauter Wald und guten Ackerboden. Bei mir ist nichts als Moor.“ — „Moor ist guter Boden.“ sagte Jaf kurz. „Ich hab auch Moor.“ — „Es ist ganz unmöglich, es auszutrocknen.“ erwiderte Brede.

Aber es war nicht unmöglich, das Moor auszutrocknen. Als Jaf an diesem Tag weiter hinunter kam, stieß er auf neue Ansiedlungen. Zwei lagen weiter unten dem Dorfe zu, aber eine war hoch droben zwischen Breidablick und Sellanraa — es wurde allmählich im Dedland gearbeitet, in Jafs erster Zeit lag es ganz menschenleer da. Und diese drei Ansiedler waren von auswärtig, es schienen Leute mit Verstand zu sein; das erste, was sie taten, war nicht, Geld aufzunehmen und sich ein Haus zu bauen, sie kamen in einem Jahr her, zogen Gräben und verschwanden wieder, genau wie wenn sie geflohen wären. Das war die richtige Art: Gräben ziehen, pflügen, säen. Axel Ström war jetzt Jafs nächster Nachbar, ein tüchtiger Mann, Junggeheile, von Geburt ein Selgeländer; er hatte Jafs neuen Reolpflug entlehnt, um seinen Moorboden damit umzupflügen, und erst im zweiten Jahr hatte er sich einen Seuchuppen und eine Gamme erichtet und sich ein paar Stück Vieh angeeignet. Er hatte keine eigene Frauensperson zur Hilfe, und Hilfe im Sommer war an diesem abgelegenen Ort nur schwer zu haben, aber wie er seine Arbeit einteilte und ausführte, das war ganz und gar die richtige Art. Oder hätte er etwa wie Brede zuerst ein Haus bauen und dann mit seiner Familie und

vielen kleinen Kindern ins Dedland kommen sollen, ohne Vieh oder Acker, von denen er leben konnte? Was verstand Brede Olsen vom Entwässern des Moores oder Urbarmachen des Dedlands?

Brede Olsen verstand es, die Zeit mit Lappalien zu vergeuden; da kam er wirklich eines Tages an Sellanraa vorüber und wollte hinauf auf die Berge, um nach edlen Metallen zu suchen! Am Abend kehrte er zurück, hatte aber nichts Bestimmtes gefunden. „Nur ein paar Anzeichen,“ sagte er und nickte dazu. Er wollte den Gang bald noch einmal machen und wollte auch die Berge nach Schweden zu unteruchen.

Und ganz richtig, Brede kam wieder. Er hatte wohl Geschmack dafür bekommen, er sei es auch dem Telegraphen schuldig, daß er die Linie nachsah. Inbessen verlor er Frau und Kinder den Hof daheim und liehen alles ungetan liegen. Jaf bekam Bredes Besuche bald satt, und er ging aus dem Hause, wenn er kam. Aber dann unterhielten sich Jnger und Brede äußerst freundschaftlich miteinander. Was konnten sie nicht miteinander zu verhandeln haben? O, Brede war oft im Dorf drunten und wußte immer etwas Neues von den Großen dort, Jnger aber hatte ihrerseits ihre berühmte Reise nach Trondheim und ihren Aufenthalt, von dem sie erzählten konnte. In den Jahren, die sie fort gewesen war, hatte sie schwach gelernt, sie fing mit jedermann gleich eine Unterhaltung an. Nein, sie war nicht mehr dieselbe treuherzige, rechtschaffene Jnger von früher.

Immer noch kamen Frauen und Mädchen nach Sellanraa, um sich Kleider zuschneiden oder im Handumdrehen wohl auch einen langen Saum auf der Maschine nähen zu lassen, und Jnger unterhielt sie auf dabei. Auch Olive kam wieder, sie konnte es wahrscheinlich nicht aushalten, megublieben, denn sie kam sowohl im Frühjahr als im Herbst, oalglatt, butterweich und falsch. — „Ich mußte mal sehen, wie es bei euch steht.“ sagte sie jedesmal. „Und ich hab so Seimweh nach den kleinen Knaben,“ sagte sie, „ich hab sie so in mein Herz geschlossen, die lieben Engel, die sie damals waren. Ja, ja, jetzt sind es große Burschen, aber es ist ganz merkwürdig, ich muß immer daran denken, wie sie noch so klein waren und ich für sie zu sorgen hatte. Und ihr baut und baut und macht den Hof zu einer ganzen Stadt. Werdet ihr auch eine Glode auf dem Sæunendäch anbringen, gerade wie im Pfarrhaus?“

(Fortf. folgt.)

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus.
Licht. Versiegelt.
Kostümball.
Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus.
Fuhrmann Henschel.
Anfang 7 Uhr.

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
6 1/2 Uhr: **Faust I.**
Sonntag 7 1/2 Uhr: **Die Bäche der Pandora.**
Montag 7 1/2 Uhr: **Die Bäche der Pandora.**
Mittwoch 7 1/2 Uhr: **Die Bäche der Pandora.**
Freitag 7 1/2 Uhr: **Die Bäche der Pandora.**
Samstag 7 1/2 Uhr: **Die Bäche der Pandora.**

Volksbühne
Theater am Bldowplatz.
7 1/2 Uhr: **Der Richter von Zalamea.**

Lessing-Theater.
7 Uhr: **Peer Gynt.**
(Loos, Lind, Servaes, Monnard)
Sonntag bis Montag 7 1/2 Uhr:
Frau Warrens Gewerbe.
(Vertens, Servaes, Steinrück.)

Deutsches Künstler-Theater
bis einschl. 31. Mai
keine Lustharkellssteuer.
Abendstück
7 1/2 Uhr:
Menagerie
(Max Adalbert, Kurt Götz.)

Königgrätzer Straße
1/2 Uhr: **Die große Katharina.**
Mit dem Feuer spielen.

Komödienhaus
Täglich 8 Uhr:
Die Reise in die Mädchenzeit.

Berliner Theater
1/2 Uhr: **Der letzte Walzer**
Deutsches Opernhaus
6 1/2 Uhr: **Der Prophet.**
Die Tribüne

7 1/2 Uhr: **Franziska.**
Friedr.-Wilhelmst. Th.
7 1/2 Uhr: **Der Hutmacher Sr. Durchl.**
Kleines Theater.

7 1/2 Uhr: **Tabula rasa.**
Kleines Schauspielhaus.
7 1/2 Uhr: **Die Pfarrhauskomödie.**
Dienstag, zum 1. Male:
Der Leibgardist.
Komische Oper

7 15 Uhr: **Eine Ballnacht.**
Lustspielhaus
Arnold Rieck in
7 1/2 Uhr: **Zwangseinquartierung.**
Metropol-Theater.

7 1/2 Uhr: **Im weißen Rössl**
Neues Central-Theater
7 1/2 Uhr: **Ein seltsamer Fall**
Neues Operettenhaus
7 1/2 Uhr: **Prinzessin Friedl.**
Neues Volkstheater
7 1/2 Uhr: **Die Gewaltlosen**
Schauburg
Königgrätzer Str. 121.

7 Uhr: **Reinhold Schünzel** in
Der Vielbeschäftigte
Schiller-Theat. Charl.
7 1/2 Uhr: **2 x 2 = 5.**
Thalia-Theater

7 1/2 Uhr: **Amor auf Reisen**
Tham Nollendorfplatz
7 1/2 Uhr: **Eine Nacht im Paradies.**
Theater des Westens

7 1/2 Uhr: **Max Pallenberg**
Familie Schimek.
in
Dienstag, zum ersten Male:
Der Schrei nach dem Kind
Theater i. d. Alt. Jakobstr.
7 1/2 Uhr: **Die verschwand Pauline.**
Wallner-Theater

7 15 Uhr: **Der Troubadour.**
Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr: **Unsere Magdalenen**

Residenz - Theater.
Stadtbahn Jannowitzbrücke.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die Raschhoffs

Trianon-Theater.
Bahnhof Friedrichstraße.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Myrrha

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr: **Schwarzwalddübel**
Gartenb. 7 1/2 Uhr: **Das Lied d. Liebe**

APOLLO
Theater
Direkt. James Klein.
Mai 1920
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Gastspiel Blauvalet
Natura-Ballett
klassisch-phantastisch.
„Der Venusberg“
30 Tänzer
Tänzerinnen
4 Franklin
3 gold. Jungfrauen
Bonhair-Truppe
u. weitere Attraktion.
Erhöhte Preise.

Passage-Theater
Unter d. Linden 22/23
Dir. M. Soffman
2 Uraufführungen 2
Drei Dolehe im Stein.
Spann. Detektivdrama
in 4 Akten.
Hauptrollen:
Gerda Frey
Dr. Ed. Rothauer.

Das Strumpfband der Mad. Pompadour.
Lustspiel in 3 Akten.
Hauptrolle:
Vera Bernard.

Circus Busch
7 1/2 Uhr: Nur noch 4 Tage 7 1/2
Das große Circus-Programm
und die Pantomime
„Der Wilddieb“
Schluß d. Circ.-Sais. 31. Mai

METROPOL
KABARETT
Bismarckstr. 53-54.
Allabendlich 7 Uhr:
Liesel Siegen
Bolgaroff-Truppe
Grete Ruß
Karl Edler
Lore Meißner
Fritz Brand
Rosl Dehny
Hans Elliot
Harry Allister
2 Lanzigs.
Am Fißel: E. Hentschel.
Kapelle Mandl Neumanns.

Die Raschhoffs
Trianon-Theater.
Bahnhof Friedrichstraße.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Myrrha

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr: **Schwarzwalddübel**
Gartenb. 7 1/2 Uhr: **Das Lied d. Liebe**

Casino-Theater
Lothringstr. 37. Tägl. 7 1/2 Uhr:
Sensations-Erfolg!
Der Schläger der Spielzeit
Onkel Cohn
Volkstück in 3 Aufzügen.
Preise von 2,70 bis 6,50 M.

Folies Caprice
Eck Friedrich- u. Lindenstraße
Täglich 8 Uhr abends:
In der Wasserbellanstalt
Zimmer auf Tage u. Wochen
mit Ferd. Grünecker
in den Hauptrollen.



UFA THEATER

UFA Palast am Zoo

Fauntin Palast

Kammerlichtspiele

Mozart Saal

Kurfürstendamm

Hollendorfer Platz

Friedrichstr.

Alexander Platz

Weinbergsweg

Schöneberg

Bäckerheide

Schiffe und Menschen
Ein Abenteuer in 8 Akten
von **KARL FIGDOR**
nach seinem gleichnamigen Roman
Regie: **CARL BOESE**
Hauptdarsteller:
Aud Egede-Nissen / Otto Gebühr / Kurt Vespermann

J. N. R. J.
Die Katastrophe eines Volkes
Drama in 8 Akten
Regie: **Dir. Ludwig Beck**

„Henny-Porten-Zyklus“
Höhenluft
Lustspiel in 4 Akten
Henny Porten / Paul Hartmann / Reinhold Schünzel

Die Faust des Riesen
I. und II. Teil
nach dem Roman von Rudolf Stratz
Henny Porten / Eduard v. Winterstein

Gelöste Ketten
Schauspiel in 4 Akten
Henny Porten / Bruno Decarli

Der Galeerensträfling
I. Teil / 5 Akte mit Paul Wegener
Lyda Salmonowa / Ernst Deutsch / Paul Hartmann
Regie: **Rochus Gliese**

Das grosse Licht
nach dem Roman von Felix Philipp
mit Jannings / Vespermann
Regie: **Hanna Henning**

Die Brüder Karamasoff
nach dem Roman von Dostojewski
Regie: **Carl Froelich**

Die Brüder Karamasoff
nach dem Roman von Dostojewski
Regie: **Carl Froelich**

Das einsame Wrack
Leo Holl / Harry Liedtke
Regie: **Helm Karl Holland**

Die drei Tänze der Mary Wilford
Erika Gläser / Ludwig Hartau
Friedrich Fehér / Hermann Vallentia

Wochentags ab 7 Uhr / Sonntags: Beginn 4 Uhr

H. T.

Humboldt-Theater

Badstraße 19

Größtes und vornehmstes
Lichtbild-Theater des Bezirks

ca. 1000 Plätze, Großes Theater-Orchester

Ab Freitag, den 28. Mai 1920

Erstaufführung

Satanas

Großes Ausstattungs-Filmspiel in 6 Akten

Dazu das humoristische
Beiprogramm und der
glänzende Varieté-Teil

Kasseneröffnung 5 1/2 Uhr, Sonntags 4 Uhr

Winter-Garten
Täglich 7 15 Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Admirals-Palast.
Flirt in St. Moritz
Morg. Flirt in St. Moritz
7 1/2

Theater a. Kottbus-Tor
Tel. Moritzplatz 14814.
Jeden Abend 7 1/2 Uhr:
Elite-Sänger.
Horst, Russell,
R. Schröder, Kless
Schubert usw.
Billets-Konzert.
Vorvk. 11-1/2, 4-6 U.

Waldorf: Bar/Dr. 150 M.,
100 Dölkhaus, auf Beeren-
feldsch. Raube. Schwimmen ver-
boten. nur mündl. N. Sudert.
Berlin, Kommodenstr. 4. 1662

Lebensdienlich
bis 1000 M. monatlich, ohne
Barzahlung. 3025. a. bestr. Wirt.
S. Wahrel & Co., G. m. b. H.
Berlin-Bismarckstr. 220.

**Kupfer
Messing
Rotguß
Zinn
Quecksilber
Sämtl. Metalle
Platin
Gold-
Silber-
abfälle
Zahngelisse
kauft zu riesig
hohen Preisen
in unseren
6 Einkaufsstellen
Metall-
Zentrale**

1. Brunnenstr. 11
am Rosenthaler Platz
2. Fennstraße 48
am Weddingplatz
3. Beusselstr. 29
nahe Turmstraße
4. Neukölln
Kais.-Friedr.-Str. 229
nahe Hermannplatz
5. Weidenweg 72
am Ballenplatz

**Beamten als Wachtmeister
bei der Sicherheitspolizei.**

Auf Anordnung des Ministeriums des Innern werden Anwärter für die Sicherheitspolizei Rheinland-Westfalen in Beamtenstellungen zu folgenden Bedingung. eingestellt: volle Polizeidienstfähigkeit, Lebensalter zwischen 20 und 30 Jahren. Größe möglichst nicht unter 1,70 Meter, mindestens 1 Jahr Frontdienst im Kriege, unverheiratet, geordnete wirtschaftliche Verhältnisse.

Nach einer zwölfjährigen Gesamtdienstzeit in Armee, Schutztruppe und sonstigem Reichs-, Staats- oder Kommunaldienst und Sicherheitspolizei, davon aber mindestens zwei Jahre bei der Sicherheitspolizei, Anspruch auf Beamtensein und Dienstprämie von 2100 Mk.

Gehalt zwischen 18,40 M. und 20,90 M. täglich neben freier Unterkunft, Kleidung, Verpflegung und ärztlicher Behandlung. Bei örtlichen Unruhen außerdem erhebliche tägliche Zulage.

Zu den gleichen Bedingungen werden auch einige ehemalige Fahnschmiede und jüngere Hufschmiede eingestellt. Meldungen unter Beifügung eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes, polizeilichen Führungszeugnisses, von Militärpapieren und möglichst Zeugnissen früherer Dienststellen sind zu richten an:

Kommando der Sicherheitspolizei, Münster i. W.,
Steinfurter Str. 43 III, Zimmer 24
Polizeischule I. Wesel (F. A. R. 7)
" **II. Münster, Haus-Spital**
" **III. Sennelager, Truppenübungsplatz**
" **b. Paderborn**
" **IV. Münster i. W., Rennbahnlager**
" **V. " " "**

Ankunftsstellen in Königsberg, Wagnerstr. 49; Hannover, Weidenplatz 10 (Kaserno); Hannover, Kaserno III am Waterlooplatz; Uelsen (Hotel Giesberg), Veersensstraße; Hildesheim, Steingraben-Kaserno, Zimmer 60; Osnabrück (Kas. M. G. K.), Nöbdenburger Str., Zimmer 20; Berlin, Neues Kriminalgericht, Zimmer 99; Breslau, Oberpostdirektion, Zimmer 73; Leipzig, Hotel Fröhlich, Wintergartenstr. 14; Stettin, Bogislavstr. 49; Paderborn, Hotel Deutscher Hof; Bückeburg, Gasthof zur Hoffnung; Minden, Hotel Mindener Hof.

Möbel-Fabrik Rob. Seelisch
BERLIN O 112, Rigaer Str. 71-73a
3 Minuten vom Bahnhof Frankfurter Allee,
empfehlen gute preiswerte Möbel.
Einrichtungen in jeder Preislage.
Ganz besonders große Auswahl in
Schlaf-, Speise-, Wohn-, Herrenzimmern
jedem Geschmack entsprechend.

154 Musterräume, Lageraum 6000 qm. gr.
Versand nach allen Plätzen Deutschlands.
Besichtigung lohnend, ohne Kaufzwang.
Gekaufte Möbel können beliebige Zeit kostenlos lagern.
Wochentags von 9-7 Uhr geöffnet.

L. Etage
Ankauf
von
**Platin-
Bruch,
Perlen,
Brillanten**
Juwelen
zu höchst. Tagespreis.
Berliner Juwelen-
Handelsges. m. b. H.
Friedrichstr. 168
zwischen Behren- u.
Französische Str.
nur
L. Etage

Tod u. Teufel
30 Jahre einzig bewährt!
Relchels Spezialmittel in unveränderter Stärke
wirken durchgreifend u. mit verachtender Kraft.

Wanzen-Fluid „Radikal“
Flasche M. 2,50, 6,50, 9,50, 13,50.

Schwaben-Puder „Martal“
Pak. M. 2,-, 3,50, 7,-, 13,50, Pfund 40,-.

Motten-Pulver
Pak. M. 2,50, 5,-, 10,-, Pfund 20,-.

Anerkennungen aus aller Welt.

Otto Reichel, Berlin SO, Eisenbahnstr. 4.
Fertigdruck-Anschlüsse: Moritzplatz 4701, 4752, 4753.
Man weide Ersatzmittel und nehme in den
Drogerien nur die echten Originalpackungen
mit der allein Wirkksamkeit verbürgenden Marke

Giftfreie naturgemäße Behandlung
von Haut-, Harn- und Unterleibsleiden,
ohne Berufsstörung. Aufklarende, belehrende
Broschüre für 1 Mk. portofrei in verschlossenen
Umschlag ohne Aufdruck durch
Spezialarzt Dr. med. Dammann,
Berlin 11, Potsdamer Straße 123 B.
Sprechzeit: 9-11, 2-4, Sonntags 10-11.

Stellenangebote

Vulkaniseur
für Reparaturen an Automobilreifen u. -schläuchen
wird gesucht. 6610
Rog. 775
Meldungen im Einleitungsabureau.
Nationale Automobil-Gesellschaft, A.-G.,
Berlin-Oberschöneweide, Ostendstr. 1/5.

Großer Wirtschaftsoberband sucht als
Leiter der Organisation
eine auf diesem Gebiete tüchtige Kraft,
welche die bestehende Organisation festigen und
auszubauen in der Lage ist.
Angebote mit Preisanschlägen, Bild und Gehalts-
ansprüchen unter G. 54 sofort an die Hauptred.
des „Vorwärts“ erbeten. 6650

Einrichter
für Offenbacher Matratzen
loht verlanzt. 1920
Industriefachhandl. Fabr.,
Mitterstraße 40-47.

Gebammen-Schweitem
Parfumschmuck, sowie Haushalt
geräthe. Junges Mädchen für
ausgehende Stelle mit guter
Ausbildung. Verlangen Schö-
den und Kranke. Anhalten, auch
nach außerhalb durch Kranken-
pflege. Nachweis der Stadt
Berlin, Friedrichstr. 110. Ge-
halt 6-7 Uhr. Vermittlung
kostenlos. 19014

Junges Mädchen
sucht für August Sommer-
aufenthalt mit Bekanntheit
Familienanschluss erbeten.
Gef. Offerten unter D. 54
an die Hauptred. d. „Vorwärts“.

Stinkkatze! Weg. Eohne-
trichter. 1920
nach Kopenhagen fernhalten

Itesser
Wicht. auch die lan-
geduldeten, missige
sehr. größte. Ganz
sonstige Zahnärztliche
arbeiten am besten durch meine
ist 30 Jahren die taubst. bei
schlechten Spezialmittel bestr. 11.
1000 M. 50. Zur gleichzeitigen
unseren zur Reichel's
Esterlin - Kautschukpulver
G. 4.00. Otto Reichel,
Berlin 45, Eisenbahnstr. 4

Kupfer m. 8
Messing m. 4
Quecksilber
höchste Tagespreise
Metallhandlung
Lothringstr. 25
Eing. Angermünd St.
Fahrgeld vergütet
Sung: kein Abzug
soinverAnnonce läuft

150-200000 Mk.
für Betriebsübernahme (Ure-
quell) gesucht. 146731
Eigere Realisations-
Offert. u. K. 1853 Müllers
Ingenieur- u. Baubüro, Berlin, Str. 30.

Ausflüge
in die Umgebung:
Das kleine Wanderbuch
120 Neufüge. Mit 29 far-
bigen Karten. . . . 9,50
Wanderbücher - Führer
Gip. Gip. Guck! mit
15 Spezialaufstellungen in
wafferdichte Leinwand
grd. 8,00
Sämtl. Spezialarten der
Berliner Umgebung sind
besorgt!

Buchhandl. Sorwirts,
Berlin SW 08, Lindenstr. 2

Die polnische Niederlage.

Warschau, 27. Mai. Die von der Front eintreffenden Nachrichten lauten weiterhin beunruhigend. Die Funkstation Riew arbeitet seit dem 25. d. M. nicht mehr. Verbitschew ist von den Polen geräumt worden. Die Russen rücken gegen Verbitschew vor.

Litauen mit Sowjetrußland?

Helsingfors, 27. Mai. Der finnischen Presse wird aus London gemeldet, daß England ein starkes Geschwader im Finländischen Meerbusen nahe von Helsingfors stationieren werde. — Nach Informationen hiesiger politischer Kreise wird sich Finnland an der polnischen Aktion gegen die Räterepublik auch auf den durch die Flottendemonstrationen ansehend beabsichtigten Druck Englands nicht beteiligen, solange Sowjetrußland das finnische Gebiet nicht angreift.

Rowno, 26. Mai. Vom 12. bis 15. Mai haben in Rowno zwischen dem litauischen Kriegs- und Außenministerium einerseits und zwei Kommissaren der Sowjetregierung andererseits Verhandlungen stattgefunden mit dem Ergebnis folgenden Abkommens zwischen Litauen und Moskau: Bei dem bevorstehenden Angriff der Sowjettruppen auf Dwinos (Dünaburg) übernehmen die Litauer die Verpflichtung, Wilna und Grodno anzugreifen, d. h. gegen den Rücken der polnischen Armee zu operieren. Hierfür verpflichtet sich Moskau, Wilna und Grodno an Litauen abzutreten. Des ferneren wurde vereinbart, daß, falls Deutschland den Memelkreis nicht freiwillig an Litauen abtritt, die vereinigten Rote- und litauischen Armeen gegen Ostpreußen marschieren werden.

Der erste Teil dieser Meldung erscheint glaubhaft, denn um Wilna und Grodno tobt der polnisch-litauische Kampf. (Die Opfer sind gewöhnlich die Juden.) Dagegen widerspricht es allem, was Moskau so oft verkündet, wenn dem Memelkreis die freie Selbstbestimmung geraubt werden sollte, die wir auch Wilna und Grodno zugestehen zu sehen hoffen. Litauen braucht um das Ergebnis nicht zu bangen, da bisher Moskau dort geherrscht hat.

Kraffin in London.

London, 27. Mai. (Reuter.) Der Leiter der Delegation der russischen kooperativen Vereinigungen Kraffin ist in Newcastle eingetroffen und wurde von Vertretern des Auswärtigen Amtes empfangen.

Der Krieg im Kohlengbiet.

Wien, 27. Mai. (W.T.S.) Wie die Mütter aus Mährisch-Odrau melden, wurden bei den Zusammenstößen zwischen tschechischer Gendarmerie und streikenden polnischen Arbeitern im Walde zwischen Karwin und Dombrau zwei Gendarmen getötet. Auf polnischer Seite wurden drei Personen getötet und 15 verwundet.

Die Entente-Kommission hat ihren Sitz nach Pula bei Oberberg verlegt.

St. Germain in Paris ratifiziert.

Die Sozialisten stimmen gegen.

Paris, 27. Mai. Der österreichische Friedensvertrag ist gestern in der Kammer ratifiziert worden. Die Sozialisten haben in einer begründeten Erklärung den Vertrag abgelehnt. Aus der Debatte ist nachzutragen, daß der Sozialist Sembat erklärte, Oesterreich könne wirtschaftlich nicht allein existieren, aber man unterlasse ihm, daß es sich an jemand anlehne. Die Verträge mit Oesterreich und Deutschland müssen herabgesetzt werden. Auf ihnen könne sich kein dauernder Frieden aufbauen. Man könne die Räterepublik nicht verhindern, sich aus wirtschaftlicher Solidarität zu vereinigen.

Auf eine Anfrage erklärte Ministerpräsident Millerand, das Verbot der Vereinigung Deutschlands und Oesterreichs sei formell und könne nur im Einverständnis mit dem Völkerbund aufgehoben werden. Der Abgeordnete Lardieu verteidigte den Friedensvertrag. Clemenceau habe monatelang kämpfen müssen, um das Verbot der Vereinigung Deutschlands mit Oesterreich herbeizuführen. Durch Zwischenrufe wurde Lardieu beschuldigt, der deutschen Einheit gödlich zu haben. Er sagte ferner, man habe dem Wiedergutmachungsausschuß den Auftrag gegeben, daß Oesterreich so lange nichts zu bezahlen brauche, bis es sich wieder aufrichtet habe. Diese Methode sei gegen Oesterreich zulässig, gegen Deutschland aber sehr gefährlich.

Ministerpräsident Millerand hat in der gestrigen Sitzung erklärt, er werde die Interpellationen über die Beratungen von San Remo und Gythe am Freitag beantworten.

Barthou mit San Remo und Gythe unzufrieden.

Paris, 27. Mai. Louis Barthou veröffentlicht im „Matin“ einen Artikel, in dem er sagt, es scheine, daß Frankreich weder in San Remo für den Orient, noch in Gythe für die Wiedergutmachung das gegeben worden sei, was es verlangen könne. Noch vor Spa müsse sich Ministerpräsident Millerand darüber aussprechen. Dieser Friede gehöre dem Parlament. Es habe das Recht, ihn zu kontrollieren und seine Ausführungen sicherzustellen. Die Kammer wolle in den Geschäften des Landes Klarsehen.

Zusammenkunft des Obersten Rates in Genua?

Mailand, 27. Mai. (L.I.) Dem „Corriere della Sera“ wird gemeldet: In den nächsten Tagen findet in Genua eine Konferenz des Obersten Rates statt, für die bereits die Vorbereitungen getroffen sind. Die Zusammenkunft soll vor der Konferenz in Spa abgehalten werden und dadurch besondere Bedeutung erhalten, daß die Vertreter der Alliierten sich dort über die von den Deutschen zu fordernde Wiedergutmachungssumme endgültig entscheiden sollen.

Der Schlächter von Amritsar.

Amsterdam, 27. Mai. (W.T.S.) Wie der „Telegraaf“ aus London meldet, hat die indische Regierung der britischen Regierung den Bericht des Untersuchungskomitees über die Vorfälle in Amritsar im April 1919 nunmehr übermittelt. Die Truppen des Generals Dyer hatten damals auf eine Volksmenge mehrere Schüsse abgegeben. Aus dem Bericht geht hervor, daß die Zahl der Toten 379 und die der Verwundeten über 1000 betrug. Die Mehrheit des aus Europäern und Indern zusammengesetzten Ausschusses ist der Ansicht, daß General Dyer feuerte, ohne vorher bei uns über 10 000 Menschen bestehende Menge Gelegenheit zum Auseinandergehen zu lassen, und daß das Feuer fortgesetzt wurde, als die Menge sich bereits zerstreute.

Irische Statistik. In Irland sind seit Ostern 400 Polizeistationen verbrannt und 150 Einkommensteuerämter überfallen worden.

Der Wahlkampf.

Dittmanns Ausflüchte.

Haases Militäraufgebote gegen Spartakus.

Genosse Schreibemann läßt aus Nürnberg dem W.D. folgende Erklärung zugehen:

„Aus der Abendausgabe des „Vorwärts“ erliche ich, daß Hg. Dittmann in der „Freiheit“ behauptet, ich hätte eine Stelle aus dem Privatbrief des Grafen Brodorski-Rauhau über eine eventuelle Notwendigkeit militärischer Spartakistenbelämpfung im Ministerrat nicht vorgelesen, sondern sei über sie mit der Bemerkung das sei „Schaß miß“ hinweggegangen. Es ist ganz ausgeschlossen, daß ich in dieser Weise über den Brief des Grafen Brodorski-Rauhau berichtet haben kann. Hätte ich es aber getan, würde wahrscheinlich ein anderer unabhängiger Volksbeauftragter dagegen protestiert haben. Denn, wie ich wiederholt feststellte, war es der Volksbeauftragte Haase, der uns eines Tages wieder einen radikalen Besuch mit Maschinengewehren als wahrscheinlich bevorstehend ankündigte und die Bemerkung daran knüpfte: „Wir müssen uns gegen diesen Anflug schämen. Es stehen mir 2000 Marinemannschaften zu: Verfügung, die auf Anfordern jederzeit hierherkommen würden.“

Emil Barth — deutschnationales Ehrenmitglied!

Nachdem die deutschnationale Legende von der „Erdolchten Front“ mit wichtigem Material widerlegt worden ist, war es zunächst einige Zeit bei diesen Leute sehr still geworden. Aber jetzt haben sie einen Rettungsdienst erwirkt — die Schrift des Unabhängigen Emil Barth „Aus der Werkstatt der deutschen Revolution“, deren Rubeau hier schon charakterisiert wurde. Emil Barth geht bekanntlich von dem Satz aus: „Revolutionen werden gemacht“, was er, nachzuweisen, daß er, Emil Barth, der „Rader“ des 9. November 1918 gewesen sei. Dem Historiker erscheint der große Emil allerdings als Geistesverwandter jener Räder, die — auf dem Horn des pfuschenden Stieres stehend — erklärt: „Ich pflüge“; aber für den deutschnationalen Agitator sind die Barth'schen Ungereimtheiten ein gesundes Pfaffen. Die ganze reaktionäre Presse schwört einmütig, daß Barth's Darstellung von der „gemachten“ Revolution die lautiere geschichtliche Wahrheit sei, und das größte deutschnationale Dehnbrot, die „Deutsche Zeitung“, ruft am Schluß ihrer lobenden Betrachtung des Barth'schen Nachwerks triumphierend aus:

Emil Barth hat sich mit seiner Schrift ein unsehbares Verdienst um die — Rechtsparteien erworben; sie sollten ihn zu ihrem Ehrenmitglied machen; denn mit klassischer Deutlichkeit erzählt man hier, wie recht die nationalen Parteien haben, wenn sie behaupteten, daß der Dolchstoß von hinten das deutsche Heer und die deutsche Kraft gemordet hat.

Nicht nur Emil Barth hat diese Ehrenmitgliedschaft bei den Deutschnationalen voll verdient, sondern die Linksputschisten insgesamt, die nie etwas anderes getan haben als der Reaktion Waffen zu liefern!

Zugestanden!

Das Wahlbündnis der Rechtsparteien.

Zu unseren Feststellungen über das Wahlabkommen zwischen Deutschnationaler und Deutscher Volkspartei schreibt die „Nationalliberale Korrespondenz“, das offizielle Organ der „Deutschen Volkspartei“:

Der „Vorwärts“, der diesen angebotenen Fall als eine große politische Sensation behandelt, wird hinterher die Entdeckung machen, daß er damit nicht die geringste Wirkung erzielt. Denn tatsächlich haben die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Volkspartei in bezug auf ihr taktisches Zusammengehen bei den Wahlen nicht das geringste zu verbergen. Für beide Parteien gilt die Wahlparole: Der Feind steht links. Unter dieser Wahlparole wird der Wahlkampf angesetzt und es ist ganz selbstverständlich, daß die beiden Parteien alles vermeiden, was ihren Aufmarsch gegenseitig irgendwie stören könnte. Wir weisen ja nicht daran, daß die Demokraten und die Sozialdemokraten sich vor Freude die Hände reiben würden, wenn die beiden Oppositionsparteien der Rechten nicht genug wären, durch gegenseitige Anfeindungen die Wahlgeschäfte derjenigen Parteien zu besorgen, die sie beide aufs Haupt schlagen wollen. Es mag der Linken deshalb unangenehm sein, daß sie sich einer geschlossenen Front gegenübersehen. Sie wird aber auch fernerhin damit rechnen müssen, daß die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Volkspartei dafür Sorge tragen, während des Wahlkampfes aus ihren gegenseitigen Beziehungen alles Strebende fernzuhalten.

Das ist alles eine glatte Bestätigung unserer Angaben. Wenn die „Nationalliberale Korrespondenz“ weiter meint, eines Geheimvertrages hätte es nicht bedurft, so ist demgegenüber festzustellen, daß der Öffentlichkeit die Tatsache des intimen Wahlbündnisses erst durch unsere Mitteilung bekannt geworden ist.

Notenwechsel über Lylander.

Berlin, 27. Mai. Zu der Neutermeldung, daß der Vorkommnisse Ratrat verlangt habe, das deutsche Mitglied der Grenzkommission für das Saargebiet, Oberstleutnant Ritter v. Lylander abzugeben, wird von zuständiger Stelle mitgeteilt: Es ist richtig, daß ein derartiges Ersuchen an die deutsche Regierung gerichtet worden ist. Die Note des Vorkommnisse Ratrat bezieht indes auf eine einseitige und nach deutscher Auffassung unzureichende Darstellung des Sachverhalts. Sie hat sich mit einer von der deutschen Regierung am 21. Mai in derselben Angelegenheit übergebenen Note geäußert. Demnach ist der Beschluß des Vorkommnisse Ratrat ohne Kenntnis der deutschen Sachverhältnisse zustande gekommen. Es kann mit Bestimmtheit angenommen werden, daß der Vorkommnisse Ratrat nach Empfang der deutschen Note die Angelegenheit einer neuen Prüfung unterziehen wird, die ihn zu einer Revision seines Standpunktes veranlassen dürfte. Die deutsche Regierung wird ihre Auffassung von der Angelegenheit auch weiterhin mit Nachdruck vertreten.

Entscheidung. Da im plötzlichen Teil des Saargebiets Wahlen zum bayerischen Landtag nicht stattfinden dürfen, wird dieses Gebiet samt der Abgeordneten drei Abgeordnete nach München schicken, die den Sitzung an betreten werden, und zwar je einen Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei, des Zentrums und der liberalen Vereinigung.

Deutschnationaler Wahlschwindel.

Von zuständiger Stelle wird geschrieben: Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt unter der Überschrift: „Wie die Regierung das Deutschnationale schüßt“ eine Nachricht aus dem Saarbezirk, wonach die Regierungskommission für das Saargebiet Vorbereitungen für die in 15 Jahren zu erwartende Volksabstimmung im Saargebiet unterbunden habe. Das deutschnationale Blatt macht dazu folgende Bemerkung:

„Die deutsche Regierungskommission verbietet den Deutschnationalen und reichstreuern Saarbewohnern also, für den Kampf um ihre Zugehörigkeit zum Reiche nützliche Vorkarbeit zu leisten. Wir haben es herrlich weit gebracht im demokratischen Volksstaat.“

Die Nichtigkeit der Meldung, für die eine amtliche Bestätigung noch nicht vorliegt, sei vorerst dahingestellt. Die Bemerkungen der „Deutschen Tageszeitung“ aber betreffen ein solches Maß von politischer Unkenntnis, wie es eben nötig war, um auch mit diesem Stoff eine Hebe gegen die Regierung inszenieren zu können. Selbst die „Deutsche Tageszeitung“ hätte wissen müssen, daß die Regierungskommission für das Saargebiet keine deutsche Regierungskommission ist, sondern laut § 17 der Anlage zu Teil 3 Abschnitt 4 des Friedensvertrags vom Rat des Völkerbundes ernannt wird. In ihr sitzt nur ein „Richtspräsident“, der aus dem Saargebiet stammt und dort wohnt, also Deutscher ist. Selbst Wahlbestimmungen können nicht als Rechtfertigung für diese tatsächliche oder gemachte Unkenntnis dienen.

Baltikumtruppen als Ruhestörer.

Aus Treptow a. d. Rega wird gemeldet: Der Pommerische Landbund, Kreis Greifenberg, hat am Mittwoch zu einer sozialdemokratischen Wählerversammlung in Treptow a. d. Rega bewaffnete Baltikumtruppen als Sprengtruppe entsandt. Die Soldaten kamen von umliegenden Gütern, wo sie von den Gutbesitzern bewirtet waren. Sie gingen dann mit den Gutbesitzern zur Versammlung, um, wie sie sagten, den deutschnationalen Gegenseitern zu beschützen. Die Leitung der vorher verabredeten Aktion lag in den Händen von zwei Offizieren.

Nach dem Referat machte der Versammlungsleiter wegen der drohenden Gefahr auf die Anwesenheit Bewaffneter aufmerksam. Es entstand eine Prügelei, in deren Verlauf schließlich die Baltikumtruppen von den anwesenden Sozialdemokraten entworfen und hinausgeworfen wurden. Die Situation war recht kritisch.

Sür wie dumm halten sie das Volk?

„Der Bedarf“, so betitelt sich eine Agitations-Schrift, die der Landesverband Pommeren der Deutschnationalen Volkspartei in die Bevölkerung wirft. In welcher Weise diese Schrift arbeitet, dafür nur ein Beispiel:

Auf Seite 1 heißt es: Am 9. November 1918 hatte die Mark noch hundert Pfennige Wert.

Auf Seite 3 wird gesagt: Am Kriegsende zahlte die Schweiz für die Mark 58 Centimes.

Wenn die Behauptung auf Seite 1 wahr wäre, daß am 9. November die Mark noch hundert Pfennige Wert gehabt habe, so hätte die Schweiz nicht 58, sondern 125 Centimes für die Mark zahlen müssen. Für wie dumm halten die Deutschnationalen das Volk, daß sie meinen, solche Widersprüche und Lügen aufzuzählen zu können, ohne daß es der Leser merkt?!

Die Hamburger Elternratswahlen.

Hamburg, 27. Mai. (Wig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Das Gesamtergebnis der Elternratswahlen vom 10. Mai ist folgendes: An 176 Volksschulen waren 1676 Mandate zu vergeben. Davon erhielten die

Sozialdemokraten	1185 Mandate	= 72,1 Proz.
Unpolitischen Listen	344	= 21,8
Unabhängigen	90	= 5,1

Wahlscheine.

Der Reichsminister des Innern hat für einzelne Personenkategorien die Ausstellung von Wahlscheinen auch ohne vorherige Eintragung in eine Wählerliste für zulässig erklärt. In Frage kommen u. a. ehemalige Soldaten, die wegen Entlassung aus dem Verband der Wehrmacht jetzt wahlberechtigt geworden sind; ferner Flüchtlinge aus den Abtreuungsgebieten, die erst nach Ablauf der Frist zur Auslegung der Wählerlisten ihren Wohnort im Inland genommen haben.

Ein General als Schrittmacher der Sozialdemokratie. Unter dieser Überschrift führt die konservative „Post“ bezügliche Klage, daß ein Generalleutnant Pöfller im Lande Wahlreden hält und dabei demokratische Grundsätze vertritt. Man stelle sich diese unerhörte Gänze wider den reaktionären Geist vor! Was die „Post“ am meisten verdriest, das ist, daß dieser ehemalige Generalleutnant und Divisionsführer den Wählern nicht das Märchen von der erdolchten Front vorlegt, sondern als Sachmann die wirklich Schuldigen an Unglück des deutschen Volkes bloßstellt und brandmarkt. Sogar den 18. und 19. September verteidigt er, der sich selbst die Wäbe genommen hat, im Bergwerk als Arbeiter die achtstündige Arbeitszeit bei der heutigen Verpflegung zu kosten.

Uniformverbot im besetzten Rheinland. Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete teilt mit: Die Interalliierte Rheinlandkommission hat am 8. Mai 1920 eine Verordnung erlassen, wonach es deutschen aktiven Militärpersonen, Angehörigen der Sicherheitspolizei und sonstigen militärischen Hilfsstruppenstellen beim Aufenthalt in den besetzten Gebieten nicht gestattet ist, Militäruniform oder wesentliche Teile militärischer Bekleidung und Ausrüstung sowie militärische Abzeichen zu tragen, es sei denn, daß sie eine besondere Erlaubnis der Rheinlandkommission oder der Aemterkommandanten besitzen. Die Verordnung ist am 10. Mai in Kraft getreten.

Protest gegen Todesurteile. Eine Reihe von Vereinen unter Führung des „Bundes Neues Vaterland“ hat dem Reichspräsidenten einen förmlichen Protest gegen die Bestätigung von Todesurteilen eingereicht. Die Unterzeichner betonen, daß sie die Abschaffung der Todesstrafe verlangen, weil es notwendig ist, in dieser Zeit der Gefährdung der Demokratie die Stimme zu erheben für Barmherzigkeit und Menschlichkeit, die ebenso wie die Wissenschaft die Abschaffung von Strafen verlangen, deren Scheinbar abstrakte Wirkung in Wirklichkeit nur zu weiteren Verbitterungen und weiterem Blutvergießen führt. Die Unterzeichner verlangen auch die Abschaffung von Standgerichten, gleichviel, ob sie von sogenannten weißen oder roten Truppen eingesetzt werden. — Heber Standgerichte bei „roten“ Truppen kann der Reichspräsident natürlich so wenig entscheiden, als über die bei „weißen“. Beide richten sich bekanntlich gegen das Reich und seine Verfassung, deren äußere Repräsentant eben der Reichspräsident ist.

Gewerkschaftsbewegung

Verbandstag des Deutschen Werkmeisterverbandes.

In den Pfingsttagen hielt der Deutsche Werkmeisterverband in Gelsenkirchen seine Tagung ab. Der Verbandsvorsitzende Leonhard Düsselhoff eröffnete sie, indem er auf die augenblickliche traurige Lage Deutschlands hinwies. Er deutete auf die Gefahr von rechts und links und betonte die unbedingte Notwendigkeit des Wiederaufbaues, an dem auch der Werkmeister seinen großen Teil zu leisten habe.

Ueber die gewerkschaftlichen Aufgaben des Werkmeisterverbandes sprach Leonhard. Selbsterkenntnis für die Vergangenheit, hares Erfassen der Gegenwart und Blick in die Zukunft sei jetzt das Wichtigste. Der D.W.V. hat heute 135000 Mitglieder. Unsere Arbeit muß dem Allgemeinwohl des Vaterlandes dienen. Das Gros der Angestelltenenschaft lebt immer noch im Harmoniedusel auch in politischer Beziehung. Das soziale Programm des D.W.V. ist 1909 angenommen worden, wir haben aber nicht getraut, es reslos durchzuführen. Diese Unterlassungssünden rächen sich heute bitter. Die Betriebsräte sind jetzt da, aber das Gesetz befriedigt nicht. Redner zweifelt jedoch an der vorhandenen Reife der weitaus meisten Kollegen. Wenn die Betriebsräte politischen Nachschüssen folgen, wird die Gewerkschaftsarbeit zerstückt. Nur Tüchtigkeit und Sachkenntnis dürfen für den Betriebsrat maßgebend sein. Bezirks- und Reichswirtschaftsräte müssen gebildet werden. Das Mitbestimmungsrecht darf sich nicht auf den Abschluß von Tarifen beschränken, sondern ist durchzuführen bei der Produktion und dem Konsum.

Nachdem Müller-Essen vom sozialen Beirat die Stellungnahme des sozialen Beirats in ähnlichem Sinne bekanntgab, setzte eine lebhafte Debatte über diesen Gegenstand ein, die mit der Annahme folgender Entschliessung endete:

„Der Deutsche Werkmeisterverband, Sitz Düsseldorf, steht auf dem Boden der Reichsverfassung vom 11. August 1919 und sieht in der Erhaltung der in der Verfassung festgelegten sozialen Rechte und Pflichten eine staatsbürgerliche Pflichterfüllung. Der Abgeordnetentag erkennt zur Sicherung und Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Verbandsmitglieder die Verhandlungsarbeit an, die sich im Rahmen der freigeordneten Grundzüge vollzieht. In diesem Sinne wird der Deutsche Werkmeisterverband in der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände mitarbeiten, seinen ganzen Einfluß auf die reichs- und einzelstaatliche Gesetzgebung und Verwaltungssphäre zur Schaffung einer Gemeinwirtschaft zu gewinnen suchen. Abgeordnetentag verlangt jedoch von den Afa-Verbänden die grundsätzliche Beachtung der politischen und religiösen Neutralität, sowie die Wahrung der eigenartigen wirtschaftlichen Stellung der Werkmeister als Arbeitnehmer, ferner der Angestellteninteressen im Rahmen eines einheitlichen Arbeitsrechts.“

Die Werkmeister fordern eine ausreichende Vertretung innerhalb des organischen Aufbaus einer neuen Wirtschaftsordnung. In der Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer erblickt der Abgeordnetentag während der Uebergangszeit, trotz der Interessengegensätze zwischen Kapital und Arbeit, die Grundlage für eine Befundung unseres Wirtschaftslebens, solange die Arbeitnehmer von den Arbeitgebern als gleichberechtigt anerkannt werden.“

Sodann erhielt der Landtagsabgeordnete Ing. Boldt das Wort zu seinem Vortrag über:

Werkmeister und Betriebswissenschaft.

der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Er nahm Bezug auf die augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnisse und betonte, es dürfe in Zukunft keine Wahrung stillstehen, keine Hand ruhen, um das Leben leichter zu machen. Alles müsse erfasst werden. Das Taylor-System kann, wenn es sozial angewandt wird, wohl ohne Schaden für die Arbeiter und Angestellten zugelassen werden. An die Stelle der rationalen muß eine soziale Wirtschaftsweise treten. Der Unternehmer der Zukunft muß ein sozialer sein. Die Arbeitsgemeinschaften sind das Kampffeld, auf dem wir uns durchsetzen müssen.

Alsdann fand eine Entschliessung debotelles Annahme, in welcher eine Neuordnung der gesamten Sozialversicherung gefordert wird.

Der Antrag auf Verlegung des Verbandstages nach Berlin wurde gegen 10 Stimmen abgelehnt.

Für die in den abgetretenen Gebieten wohnenden Kollegen soll eine besondere Gruppe gebildet werden. — Einstimmig angenommen wurde der Antrag Düsseldorf, den Satzungen folgenden Zusatz zu geben: Vom Verbands werden Mittel bereitgestellt, um in den Kreis getretene oder gemohregelte Kollegen zu unterstützen. In der Gesamtstimmung beschloß man, für sämtliche Gruppen je einen Beamten als Gewerkschaftssekretär anzustellen. Die Unterstützungsdorloge bei Stellenlosigkeit fand Annahme mit dem Satz von 4 M. pro Tag.

Zum Ort des nächsten Verbandstages wurde Erfurt bestimmt.

Die Lage im Friseurgehilfenstreit.

Donnerstag nachmittag nahmen die streikenden Friseurgehilfen Stellung. Der Referent von der Zentralleitung wies darauf hin, daß am Sonnabend ein Schreiben vom Reichsarbeitsministerium an den Interessentenverband der Friseure abgegangen ist, welches bis Donnerstag noch nicht beantwortet war. Es ist aber bekannt geworden, daß die Arbeitgeber zu anderen Verhandlungen bereit sind und in allernächster Zeit eine Vorbesprechung stattfinden soll.

Die Arbeitgeber sind bemüht, unsere fliegenden Rasier- und Friseurstuben wegen der hygienischen Vorschriften zu schließen.

Da sie nach der Gewerbeordnung keine Handhabe dazu haben. Die fliegenden Rasier- und Friseurstuben sind aber hygienisch einwandfrei, da nur Papierwäsche benutzt wird und nicht solche aus Leinen, die teilweise bis zu zwanzigmal gebraucht wird. Für die Genossenschaftsidee sollen in allernächster Zeit Propaganda und Zeichnungen einsehen; in der nächsten Versammlung soll ein Referent von der Raufgenossenschaft einen Vortrag halten. Größere Körperschaften wie auch Kollegen hoven sich zu Zeichnungen schon bereit erklärt. Die Bewegung der Massenaktion muß aufrechterhalten werden, damit unsere Forderungen nicht unterliegen. Aus diesen und anderen Gründen empfehle die Zentralleitung, den Generalstreik fortzusetzen. Diese Resolution wurde einstimmig angenommen.

Die Angestellten in den Berliner Zeitungsbetrieben

führen seit der ersten Hälfte des Monats März Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband für das Berliner Zeitungsgewerbe wegen eines neuen Lohnstarifes, über welchen vom Berliner Schlichtungsausschuß am 4. Mai ein Schiedsspruch gefällt wurde. Diesen Schiedsspruch hat der Arbeitgeberverband abgelehnt. Die nächste Instanz, der Demobilisationskommissar, wurde von den Angestellten anrufen mit dem ausdrücklichen Willen, daß wenn der Schiedsspruch nicht für verbindlich erklärt wird, oder wenn eine Verbindlichkeitsklärung erfolgt, aber von den Arbeitgebern die Durchführung des Schiedspruches abermals abgelehnt werden sollte, die Angestellten in den Streit treten würden. — Nunmehr ist die Verbindlichkeitsklärung durch den Demobilisationskommissar erfolgt und der Arbeitgeberverband aufgefordert worden, bis zum 29. d. Mts. zu erklären, ob er gewillt ist, den Schiedsspruch bei der Ultimo-Lohnzahlung zur Durchführung zu bringen. — Von der Stellungnahme der Arbeitgeber wird es jetzt abhängen, ob die Zeitungsbetriebe ungestört bleiben.

Zentralverband der Angestellten.

Zusammenfassung der Betriebsräte.

In der am Donnerstag abgehaltenen Vollversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission erhielt der Ausschuß über die Verhandlungen des Ausschusses mit der Betriebsrätezentrale (Münzstraße) und dem Betriebssekretariat der S. P. D. (In den Zeiten). Die Verhandlungen haben zu einer Annäherung, aber noch nicht zu einer vollen Verständigung der drei Körperschaften geführt. Ueber verschiedene Punkte ist man bereits einig geworden. Reinigungsverschiedenheiten bestehen noch über einige Fragen des organisatorischen Aufbaues und besonders hinsichtlich der Aufgaben der Räte bei der Vorbereitung politischer Aktionen. Im Gegensatz zu den Gewerkschaftsvertretern und dem S. P. D.-Betriebssekretariat, die hierbei den Vertretern der politischen Parteien eine entscheidende Mitbestimmung zuerkennen, ist die Betriebsrätezentrale der Meinung, daß bei politischen Aktionen, die über den engen Rahmen der politischen Partei hinausgehen und die Interessen des gesamten Proletariats betreffen, die Generalversammlung der Betriebsräte die endgültige Entscheidung zu treffen hat. — Die Verhandlungen zwischen dem Ausschuß der Gewerkschaftskommission, der Betriebsrätezentrale (Münzstraße) und dem Betriebssekretariat (In den Zeiten) werden in einer gemeinsamen Sitzung nach den Reichstagswahlen fortgesetzt. Auch glaubt, daß es zu einer Verständigung kommen wird und meint, wenn sie wider Erwarten nicht eintreten sollte, dann tragen die Gewerkschaften keine Verantwortung für das Nichtzustandekommen der Einigung.

Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde die technische Durchführung der Zusammenfassung der Betriebsräte besprochen. — Ein Delegierter, der auch der Betriebsrätezentrale (Münzstraße) angehört, beantragte, die Erfassung der Betriebsräte durch die Gewerkschaftskommission bis zum Abschluß der Verhandlungen zu unterbrechen. — Der Antrag wurde gegen eine Stimme abgelehnt.

Schließlich besprach die Versammlung die Maßnahmen, welche zur Abwehr eines neuen reaktionären Einflusses zu treffen sind. Aus den Ausführungen der Redner ging hervor, daß die Gewerkschaften Groß-Berlins alle Vorbereitungen treffen, um einen neuen Putsch der Reaktionskräfte ebenso entschieden wiederzuschlagen, wie es in den Märztagen geschehen ist. Jeder Versuch, die Republik anzugreifen, wird durch die geschlossene Front der Arbeiter mit aller Energie zurückgewiesen werden.

Gewerkschaftsmitglieder!

Das „Neue Zentral-Theater“, Kommandantenstr. 57, hat um Karten für die Vorstellung „Ein seltsamer Fall“, Phantastisches Schauspiel in 4 Akten, zu stark ermäßigten Preisen für alle Tage zur Verfügung gestellt. Die Karten können werktäglich von 5-7 Uhr in unserem Bureau, SO 16, Engelauer 15, 1 Trepp, Zimmer 15, in Empfang genommen werden.

Die Krise im Kaffeehausgewerbe!

Unter diesem Titel veröffentlichte das „8-Uhr-Abendblatt“ einen Artikel des Vorsitzenden des Vereins der Kaffeehausbesitzer, worin die Ursachen der Krise sehr einstellt werden. Wie in anderen Industrien und Berufen sollen natürlich auch im Kaffeehausgewerbe nach Ansicht dieses Herrn der Achtsundzwei und insbesondere die hohen Löhne der Angestellten an dem Niedergang des Gewerbes schuld sein. Die Organisation sieht sich durch diese Forderung des Publikums gezwungen, die wirklichen Tatsachen festzustellen. Die vielen Schließungen von Kaffeehausbetrieben sind im wesentlichen auf kapitalistische Transaktionen zurückzuführen. Einzelne dieser Geschäfte sind entweder von Bankinstituten oder Industrieunternehmen für Bureauzwecke aufgekauft worden, wobei die Herren eine schöne Stange Geld verdient haben.

Daß heute die Kaffeehäuser nicht mehr von Angestellten, Beamten und Arbeitern besucht werden, ist sehr leicht begreiflich.

Infolge der großen Spannung zwischen den Preisen aller Lebensmittel und Bedarfsartikel und den unzureichenden Löhnen ist es eben großen Teilen des Publikums nicht mehr möglich, sich den Luxus, ins Kaffee oder Kabarett zu gehen, leisten zu können. Die Herren Scharfmacher der gesamten Unternehmerorganisationen sollten lieber dafür Sorge tragen, daß sich die Gehälter der Angestellten und Arbeiter der Preissteigerung aller Bedarfsartikel anpassen, dann ständen wir nicht vor dieser allgemeinen Katastrophe im gesamten Wirtschaftsleben. Am Freitag, den 11. Juni, vorm. 10 Uhr, findet in dieser Angelegenheit eine allgemeine Mitgliederversammlung der Cafe-Angestellten im „Cafe Stern“ statt, bei der niemand fehlen darf. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Sektionsleitung.

Beamte und andere Angestellte nach dem Betriebsrätegesetz.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlichten wir in der Morgenausgabe des „Vorwärts“ vom 7. April d. J. sehr beachtenswerte Ausführungen über Entstehungsgeschichte und praktische Bedeutung des § 18 des Betriebsrätegesetzes, sie klangen aus in eine dringende Mahnung an die Staatsbehörden, von der Vollmacht des § 18 den denkbar sparsamsten Gebrauch zu machen.

Um den besonderen Fällen Rechnung zu tragen, in denen wenige Arbeitnehmer (Angestellte) mit einer großen Anzahl von Beamten zusammenarbeiten, oder in denen das umgekehrte Verhältnis besteht, gestattet § 13 eine Verlegung der Arbeitnehmer in die Beamtenvertretungen (Beamtenausschüsse) und von Beamten in die Arbeitnehmervertretungen. Entscheidend für die Verlegung ist also die Mehrzahl, nicht etwa die Minderheit. Die Vollmacht, die Verlegungen nach § 13 vorzunehmen, steht für die öffentlich-rechtlichen Körperschaften, die der Staatsaufsicht unterliegen hinsichtlich der Dienstverhältnisse der Beamten, dem Vorsteher der Körperschaft zu. Eine solche Anordnung des Behördenvorstandes bedarf außerdem der Zustimmung der Staatsaufsichtsbehörde.

Zu den erwähnten Körperschaften des öffentlichen Rechts gehört u. a. auch der „Verband der öffentlichen Lebensversicherungsanstalten in Deutschland“ mit dem Sitz in Berlin. Der Vorstand dieses Verbandes war bisher der Seime Oberregierungsrat Dr. Rapp, Reichsfinanzler vom 13. bis 17. März, sein Stellvertreter, der jetzt die Geschäfte des Verbandes führt, ist ein Regierungsrat a. D. Hensel. In dem Bureau dieses Verbandes werden circa 140 (männliche und weibliche) Angestellte beschäftigt, darunter höchstens 20 Beamte. Diese Beamten sind, beiläufig bemerkt, nur Beamte auf Abfertigung, die übrigens zurzeit noch nicht einmal eine Befoldungsordnung haben. Der stellvertretende Verbandsleiter, Regierungsrat Hensel, hat nun von der Vollmacht aus § 18 des Betriebsrätegesetzes Gebrauch gemacht und eine Anordnung erlassen, die die Absicht des Gesetzgebers in das gerade Gegenteil umkehrt und die man von einem oberen Verwaltungsbeamten wirklich nicht erwarten durfte. Er ordnete nämlich an, daß sämtliche Angestellte als Beamte im Sinne des § 18 des Betriebsrätegesetzes anzusprechen sind. Anstatt 20 Beamte in die Angestelltenvertretung überzuführen, werden 120 Angestellte, von denen doch offensichtlich ein nicht unerheblicher Teil sein Leben lang niemals in ein Beamtenverhältnis kommen wird, zu Beamten gestempelt. Und mit einer solchen Anordnung, die der Absicht des Gesetzgebers direkt widerspricht, hat sich das Ministerium des Innern als Auffichtsinanz einberstanden erklärt; die betreffende Verfügung hat Herr von Jarosky gezeichnet.

Das Ministerium des Innern hätte doch unbedingt die Pflicht gehabt, davor zu prüfen, ob für eine Anordnung nach § 18 überhaupt ein Bedürfnis vorlag, ferner welches Zahlenverhältnis für Beamte und Angestellte in Betracht kam usw.

Wenn eine solche Anordnung, wie hier geschehen, prüfunglos genehmigt wird, dann wird den Vorständen anderer öffentlich-rechtlicher Körperschaften bei denen die Personalverhältnisse gleich oder ähnlich liegen wie bei dem Lebensversicherungsverbande — und deren gibt es nicht wenige — die Lust anzuwandeln, dieselben Anordnungen zu treffen. Diese Gefahr liegt um so näher, als die Beamtenausschüsse der sogenannten mittelbaren Staatsbeamten auch heute noch der Rechtsgrundlage entbehren, denn die Bestimmungen über Beamtenvertretungen vom 24. März 1919 gelten nur für die Staatsbehörden. Gewiß mag es für einen Dienstleiter viel angenehmer sein, mit einem Beamtenausschuß, der nur ein Scheinwesen führt, zusammen zu arbeiten, als mit einer Angestelltenvertretung, deren Rechte durch Reichsgesetz festgelegt sind. Offenlich regen diese Ausführungen das Ministerium des Innern an, die Anordnung des Herrn Regierungsrat Hensel zu revidieren.

Die erste Sitzung des neugewählten Arbeitsausschusses des Ortsartells Groß-Berlin der Afa beschäftigte sich hauptsächlich mit der weiteren Zusammenfassung der Betriebs- und Angestelltenräte. Hierbei nahm man zur Grundlage den einheitlichen Zusammenschluß für das ganze Reichsgebiet. Die leitenden Gedanken wurden in folgender Entschliessung niedergelegt:

Der Ausschuß des Ortsartells der Afa hält es für notwendig, daß die Zusammenfassung der Betriebsräte im ganzen Reichsgebiet nach einheitlichen Richtlinien erfolgt. Es ist deshalb erforderlich, zwischen dem Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Berliner Gewerkschaftskommission eine Verständigung herbeizuführen.

Gewerkschaftsbewegung. Die Versammlung der Betriebsräte und Betriebsbeiräte findet am Freitag, den 28., nach 11^{1/2} Uhr, in den Kammerlichtspielen, Potsdamer Platz, statt.

Verantwortl. für den redaktion. Teil: Erich Kuttner, Tempelhofer; für Anzeigen: H. Gade, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin, Lindenstr. 2. **Streu 1 Blatt.**

A. Wertheim

Leipziger Strasse

Lebensmittel

Königstrasse

Reinhold Frucht-

Rosenthaler Strasse

Marmelade

Moritzplatz

Sowohl Vorrat!

Neue Italienische

Kartoffeln

ohne Marken

1 Pfd. **1.45** 5 Pfd. **7.00**

Spargel Pfund **40 Pf.** **1.20 1.80**

Salat 3 Köpfe **65 Pf.**

Gurken Stück **2.50 3.75**

Radieschen 3 Bund **25 Pf.**

Italien. Zwiebeln .. Pfund **90 Pf.**

Kohlrabi Mandel **3.00**

Zitronen 3 Stück **1.00**

Reine Frucht-

Marmelade

mit 50% Zucker gesüßt

markenfrei, Pfund **4.90**

Möwen-Eier Stück **1.20**

Große Salzheringe ... Stück **1.00**

Delikateßheringe Ostsee Stück **30 Pf.**

Muscheln in Gelee Pfund **1.20**

Anchovis Pfund **3.20**

Herings-Rogen Pfund **1.60**

Herings-Milch Pfund **1.75**

FrISChe Schellfische Pfund **2.60**

Frischer Kabliau in ganzen Fischen Pfd. **2.60**

Schollen Pfund von **1 an**

Steinbutten } Nur Leipziger Pfund **6.00**

Seezungen } Straße Pfund **6.00**